Nr. 94. Halle a. S., Mittwoch den 22. April 1908. 19. Jahrg.

Erscheint täglich nachmitt. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Abonnementspreis monatlich 60 Pfg., vierteljährlich 1.80 Mk. pränumer. frei ins Haus. Durch die Post bezogen 1.65 Mk. exkl. Bestellgeld.

„Die Neue Welt" (Unterhaltungsbeilage), durch die Post nicht bezieh-bar, kostet monatlich 10 Pf., vierteljährlich 80 Pfg.

Telephon Nr. 1047. Telegramm-Adresse: Volksblatt Hallesaale

Volksblatt

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Naumburg-Weißenfels-Zeitz, Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga und die Mansfelder Kreise.

Expedition: Harz 42/43. Redaktion: Harz 42/43.

Insertionsgebühr beträgt für die 6 gespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfennig. Für auswärtige Anzeigen 25 Pfennig. Im redaktionellen Teile kostet die Zeile 75 Pfennig.

Inserate für die Mittagnummer müssen spätestens bis vormittags halb 10 Uhr in der Expedition aufgegeben sein.

Eingetragen in die Postzeitungsliste.

Auf zur Maifeier!

Die Maifeier, der Festtag des internationalen klassenbewußten Proletariats, steht wiederum vor der Tür. Trotz aller Ränke, trotz aller brutalen Knebelungsversuche eines einsichtslosen Unternehmertums hat speziell auch das deutsche Proletariat den 1. Mai immer kraftvoller und würdiger gefeiert. War auch das Ideal der absoluten Arbeitsruhe bisher nicht zu verwirklichen, so hat es doch der Teil der Arbeiterschaft, der es vermochte, als seine **Ehrenpflicht** betrachtet, den Festtag der Arbeit durch **Arbeitsruhe** zu begehen. Und wir hoffen, daß die deutsche Arbeiterschaft gemäß den von ihren Vertretungen wiederholt gefaßten und noch auf dem Essener Parteitag erneuten Beschlüssen dafür sorgen wird, daß auch in diesem Jahre die Maifeier zu einer

eindrucksvollen Kundgebung

wird.

Wir erwarten eine imposante Feier um so mehr, als der 1. Mai 1908 mitten in den preußischen Wahlkampf fällt. Die Demonstration nicht nur des preußischen sondern des gesamten deutschen Proletariats erhält deshalb den Charakter einer

Wahlrechtsdemonstration!

Das preußische Proletariat kämpft ja nicht nur um die Eroberung einiger Mandate, sondern um **Bresche zu legen in das Dreiklassenwahlrecht**, dies Bollwerk preußisch-deutscher Reaktion!

Die Maifeier war gedacht als Kundgebung für den **Achtstundentag**, d. h. für eine **wahrhafte Sozialreform**. Sie sollte ferner eine Demonstration für die **internationale Verbrüderung des Volkes** der Arbeit sein, eine wuchtige Absag. an alle **Volksverhetzung**. Es gibt aber keinen **grimmigeren Gegner** einer entschiedenen **Sozialreform**, als das plutokratische Kraut-, Schlotjunker- und Bureaukratenparlament von Gnaden des elendesten aller Wahlsysteme. Und alles, was in Deutschland an **säbelklirrendem Chauvinismus**, an **hochnäsigem Bureaukratismus**, an **diplomatischer Ränkesucht** und **nationalem Größenwahn** vorhanden ist, findet seinen **Rückhalt** in dem preußischen Dreiklassenparlament!

Darum wird die Maifeier des Wahlkampfjahres auch zur kraftvollen Kundgebung gegen die schmachvolle

Volksentrechtung in Preußen!

Proletarier rüstet zum Weltfeiertag der Arbeit!

Der Wahlkampf.

Für fünfundachtzig Prozent der preußischen Landtagswähler kann es bei den kommenden Wahlen zum preußischen Abgeordnetenhause nur eine Frage geben: „Wie wählen wir, um unserem Willen Ausdruck zu geben, daß wir in Zukunft in unserem Vaterlande **gleichberechtigte Bürger werden, wie waschen** wir Drittklassigen das Mal der Knechtschaft und politischen Minderwertigkeit ab, das uns der preußische Staat seit sechszig Jahren bei jeder Landtagswahl von neuem aufdrückt, **wie kommen wir zum allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrecht?**" Die Antwort auf diese Frage ist so klar wie die Frage selbst: „Wir stimmen für die Partei, welche die Forderung unserer Gleichberechtigung am eifrigsten, ehrlichsten und entschiedensten vertritt."

Es gilt also nur noch, die Partei zweifelsfrei festzustellen, die auf den Ruhm, das Interesse der Rechtlosen am kräftigsten zu vertreten, Anspruch erheben darf. Wenn sich die Sozialdemokratie selbst als diese Partei bezeichnet, so ist das immer noch eine einseitige Behauptung die des Beweises bedarf, aber auch der Mißtrauischste wird seine Zweifel fallen lassen müssen. Angesichts der Tatsache, daß das Organ der Junker, die zäheste Verteidigerin des Dreiklassenwahlrechts, die grimmigste Feindin der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung, die Kreuzzeitung, wider Willen zur Eideshelferin der Sozialdemokratie wird, indem sie ihre letzte Rundschau über die innere Politik der Woche mit folgenden Sätzen beginnt:

Die Vorbereitungen für die Wahlen zum preußischen Abgeordnetenhause sind bereits soweit gediehen, daß man erkennen kann, **keine der bürgerlichen Parteien nimmt die von der Sozialdemokratie ausgegebene Parole der Wahlreform als einzigen Schlachtruf auf.**

Die konservative Partei hält das preußische Wahlrecht nicht für reformbedürftig;

die **freikonservative Partei nennt es in ihrem Wahlaufruf verbesserungsfähig;**

die **nationalliberale Partei hat** zwar ein fertiges Reformprogramm, **lehnt aber mit den konservativen Parteien die Einführung des Reichstagswahlrechts ab;**

die freisinnigen Parteien fordern zwar entschieden dies Wahlrecht für Preußen, **werden sich aber mit jeder erreichbaren Abschlagszahlung begnügen;**

das Zentrum **behandelt die Sache dilatorisch (aufschiebend, verschleppend) aus Rücksicht auf innere Fraktionsverhältnisse;**

so darf denn die **Sozialdemokratie** wieder einmal den Ruhm für sich in Anspruch nehmen, eine Politik der Unmöglichkeiten zu vertreten. **Sie ist auch in diesem Falle konsequent bis zum Äußersten.**

Die Knechtseligkeit der bürgerlichen Parteien macht, wie man sieht, den Junkerübermut so siegestrunken, daß er in einer Politik, die sich die Erkämpfung des **gleichen Rechts für alle Preußen** zum Ziele gesetzt hat, schon eine „Politik der Unmöglichkeiten" erblickt. Wir halten diese Politik durchaus nicht für eine Politik der Unmöglichkeiten, denn wir denken nicht so verächtlich vom preußischen Volk, um zu glauben, es würde dauernd auf ein Freiheitsrecht verzichten, das sich schon so gut wie alle zivilisierten Völker der Erde, auch die süddeutschen Stämme und die Oestreicher, erobert haben. Aber wir gestehen, daß diese sozialdemokratische Politik des gleichen Rechts mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen hat, um sich durchzusetzen, nämlich mit der Unwissenheit der Massen und der Unzuverlässigkeit jener bürgerlichen Parteien, die angeblich gleichfalls wie die Sozialdemokratie die Forderung des allgemeinen gleichen Wahlrechts vertreten.

Eine wirkliche „Politik der Unmöglichkeiten" treibt der Wähler dritter Klasse, der bei den Urwahlen vom 3. Juni für konservative, freikonservative oder nationalliberale Wahlmänner stimmen will. Denn es ist an und für sich geradezu unbegreiflich, daß ein erwachsener, vollsinniger Mensch einer Partei seine Stimme gibt, die ihm ins Gesicht sagt, er sei ein schlechterer, weniger wertvoller Bürger als der Kommerzienrat X. und der Großgrundbesitzer Z., und er müsse sich darum mit einem Viertel, Zehntel oder Dreißigstel des Rechtes begnügen, das jenen hochbesteuerten Mitbürgern zukomme. Mit der Wahl von Parteien, die offene Gegner des gleichen Wahlrechts sind, begeht jeder minderbegüterte und darum minderberechtigte Staatsbürger, mag er nun Arbeiter, Handwerker, Kaufmann, Beamter oder was immer sein, einen offenen Akt der Selbstentehrung, der immer schimpflich bleibt, mag er auch durch traurige Abhängigkeitsverhältnisse oder vollkommene politische Unwissenheit erklärt werden können. Diese blind gehorsamen oder völlig unbewußten Wähler der Konservativen und Nationalliberalen sind ein schweres Hindernis der sozialdemokratischen Wahlrechtspolitik, und ihre Zahl bei den nächsten Wahlen zu vermindern, muß das Ziel eifrigster Aufklärungsarbeit sein.

Ein nicht minder schweres Hemmnis auf dem Weg zur Rechtsgleichheit ist die von der Kreuzzeitung vollkommen zutreffend geschilderte Haltung des Freisinns und des Zentrums. Was sind das für Wahlrechtspolitiker, diese Freisinnigen, von denen die Kreuzzeitung heute schon weiß, daß sie sich mit jeder erreichbaren Abschlagszahlung begnügen werden! Diese zur Schau getragene, auch dem Gegner erkennbare Genügsamkeit muß für diesen ein Anreiz sein, so wenig wie möglich zu bieten, weiß er doch, daß auch der kläglichste Brocken genügen wird, um dem andern den Mund zu stopfen! Goethe sagt, nur Lumpe sind bescheiden: doppelt Lumpe sind die, die für andere bescheiden sind: Der Freisinn hat kein Recht, bescheiden und genügsam zu sein für die 85 Prozent der preußischen Bevölkerung, die ihr Recht verlangen. Gibt er schon jetzt zu erkennen, daß er sich mit jeder erreichbaren Abschlagszahlung begnügen wird, so kann ihm das Volk nicht glauben, daß er das gleiche Recht überhaupt erreichen will.

Schließlich das **Zentrum!** Es hat sich bisher gegen den Vorwurf der Sozialdemokratie, es behandle die Wahlrechtsfrage dilatorisch, d. h., es suche sich um sie herumzudrücken und sie wegzuschieben, entrüstet gewehrt. Jetzt wird gerade von der entgegengesetzten Seite her die sozialdemokratische Behauptung vollinhaltlich bestätigt. Die fanatische Feindin des gleichen Wahlrechts, die Kreuzzeitung stellt der Zentrumsfraktion des preußisches Landtages, die nach Behauptung der Zentrumsagitatoren

---

67] **Die Mutter.** [Nachdr.verb.

Roman von Maxim Gorki. Deutsch von Adolf Heß.

Die Mutter war von den durchlebten Ereignissen betäubt, sie atmete schwer und fühlte in der Brust ein schmerzhaftes Stechen. Sie murmelte:

„Meinetwegen machen Sie sich keine Mühe . . ."

Und dabei heischte ihr ganzes Wesen Aufmerksamkeit und ruhige Zärtlichkeit.

Aus dem Nebenzimmer kam Nikolaj mit verbundener Hand und der Doktor Iwan Danilowitsch, ganz zerzaust und borstig, wie ein Igel. Er trat schnell zu Iwan, beugte sich über ihn und sagte:

„Wasser, viel Wasser . . . reine Leinenlappen, Watte . . ."

Die Mutter bewegte sich zur Küche, aber Nikolaj faßte sie mit der linken Hand am Arm, führte sie zum Eßzimmer und sagte freundlich:

„Das gilt nicht Ihnen, sondern Sophie . . . Sind sehr erregt, liebe Frau, was?"

Die Mutter begegnete seinem unverwandten, teilnehmenden Blick und rief mit Schluchzen, das sie nicht unterdrücken konnte:

„Wie war das schrecklich! . . . Sie haben scharf gehauen . . . die Menschen mit Säbeln gehauen!"

„Ich hab's gesehen!" sagte Nikolaj, reichte ihr Wein und meinte zustimmend: „Beide Seiten waren etwas hitzig . . . aber beunruhigen Sie sich nicht, sie haben mit der flachen Klinge dreingeschlagen, und ernsthaft verwundet scheint nur einer . . . den haben sie vor meinen Augen gehauen, und ich hab' ihn aus dem Gedränge gezogen . . ."

Nikolajs Gesicht und seine Stimme wie auch die Wärme und das Licht im Zimmer beruhigten Frau Wlassow. Mit einem dankbaren Blick fragte sie:

„Hat man Sie auch geschlagen?"

„Das habe ich wohl selbst getan . . . bin unvorsichtig mit der Hand gegen etwas gestoßen und habe mir die Haut aufgerissen. Trinken Sie Tee . . . es ist kalt, und Sie sind leicht gekleidet . . ."

Sie streckte die Hand nach der Tasse aus und sah, daß ihre Finger mit geronnenem Blut bedeckt waren; unwillkürlich ließ sie die Hand auf die Knie sinken, ihr Rock war feucht. Mit weitgeöffneten Augen schaute sie auf ihre Finger; in ihrem Kopf drehte sich alles und in ihrem Herzen hämmerte es:

„Da . . . da . . . so werden sie eines Tages auch Pawel behandeln . . ."

Iwan Danilowitsch trat in bloßer Weste, mit aufgekrämpelten Hemdsärmeln ein und sagte auf die schweigende Frage Nikolaj mit seiner dünnen Stimme:

„Im Gesicht eine unbedeutende Wunde, aber ein Schädelbruch, wenn auch nicht schlimm . . . Der Bursche ist gesund . . . hat aber viel Blut verloren . . . Wollen wir ihn ins Krankenhaus bringen?"

„Warum? Mag er doch hier bleiben!" rief Nikolaj.

„Heute geht es . . . meinetwegen auch morgen, aber dann ist es für mich bequemer, wenn er im Krankenhause liegt. Visiten zu machen, habe ich keine Zeit! Du schreibst eine Notiz über die Vorfälle auf dem Kirchhof?"

„Natürlich!" antworte Nikolaj.

Die Mutter stand leise auf und ging in die Küche.

„Wohin wollen Sie, Nilowna?" hielt er sie unruhig zurück. Sophie kommt allein zurecht!"

Sie blickte ihn an und erwiderte zitternd, mit einem unwillkürlichen, sonderbaren Lächeln:

„Ich bin voll Blut . . . ganz voll Blut . . ."

Während sie sich in ihrem Zimmer umkleidete, dachte sie noch einmal an die Ruhe dieser Menschen, an ihre Fähigkeit, schnell mit schrecklichen Erlebnissen fertig zu werden.

Das ernüchterte sie und verscheuchte die Furcht aus ihrem Herzen. Als sie ins Zimmer trat, wo der Verwundete lag, beugte sich Sophie über ihn und sagte zu ihm:

„Dummheiten, Genosse!"

„Aber ich falle Ihnen zur Last!" erwiderte er schwach.

„Schweigen Sie, das ist Ihnen nützlicher . . ."

Die Mutter trat hinter Sophie, legte die Hände auf ihre Schulter, blickte lächelnd in das blasse Gesicht des Verwundeten und erzählte, wie er im Wagen phantasiert und sie durch seine unvorsichtigen Worte erschreckt hätte. Iwan hörte zu, seine Augen brannten fieberhaft, er schmatzte mit den Lippen und rief bisweilen leise und verwirrt:

„Ach, was bin ich für ein Schafskopf! . . ."

„Nun, wir lassen Sie allein!" erklärte Sophie, nachdem sie die Bettdecke zurecht gezogen hatte. „Ruhen Sie sich aus . . ."

Beide gingen ins Eßzimmer, unterhielten sich dort lange mit gedämpfter Stimme über die Tagesereignisse, und dieses Drama erschien ihnen schon wie etwas Fernliegendes; sie blickten zuversichtlich in die Zukunft und überlegten munig die Arbeit des nächsten Tages. Ihre Gesichter waren müde, aber ihre Gedanken frisch, und indem sie über ihre Aufgabe sprachen, verbargen sie nicht ihre Unzufriedenheit mit sich selbst. Der Doktor rückte nervös auf seinem Stuhl hin und her, dämpfte mühsam seine feine, scharfe Stimme und sagte:

„Propaganda, nur Propaganda! Das genügt nicht. Die jungen Arbeiter haben recht! Wir müssen die Agitation auf breitere Basis stellen . . . Die Arbeiter haben recht, sage ich nochmals . . ."

Nikolaj erwiderte finster im selben Ton:

„Von allen Seiten kommen Klagen über ungenügendes Schriftenmaterial, und wir können noch immer keine gute Druckerei aufstellen. Ludmilla ist am Ende ihrer Kraft, sie wird krank, wenn wir ihr nicht Hilfe verschaffen . . ."

„Wie ist es denn mit Wjesfolowschtschikow?" fragte Sophie.

„Der kann nicht in der Stadt leben . . . er fängt erst in der neuen Druckerei an zu arbeiten . . . und für die fehlt noch ein weiterer Mann . . ."

„Kann ich da nicht helfen?" fragte die Mutter leise.

Alle drei blickten sie an und schwiegen einige Sekunden.

„Ein guter Gedanke!" rief Sophie lebhaft.

„Nein, das ist zu schwer für Sie!" meinte Nikolaj trocken. „Sie müßten außerhalb der Stadt leben, die Besuche bei Pawel einstellen und überhaupt . . ."

Nilowna erwiderte mit einem Seufzer:

„Für Pawel ist das kein großer Verlust . . . und mir zerreißen diese Besuche das Herz! . . . Sprechen darf man über nichts . . . man steht wie dumm seinem Sohn gegenüber . . . die Beamten gucken einem in den Hals und lauern darauf, daß man etwas zuviel sagt . . ."

Die Erlebnisse der letzten Tage hatten sie ermüdet, und als sie jetzt von der Möglichkeit hörte, außerhalb der Stadt, fern von diesen Dramen zu wohnen, griff sie gierig darnach.

Aber Nikolaj brach das Gespräch ab:

„Woran denkst Du, Iwan?" wandte er sich an den Doktor.

Dieser erhob den tief über den Tisch gesenkten Kopf und antwortete verdrießlich:

„Wir sind zu wenig, das ist die Sache! Wir müssen energischer arbeiten . . . und Pawel und Andrej unbedingt davon überzeugen, daß sie entfliehen; sie sind beide zu wertvoll, um da untätig zu sitzen."

Nikolaj runzelte die Stirn, schüttelte den Kopf und blickte flüchtig auf die Mutter. Sie merkte, daß es ihm schwer wurde,

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219080422-16/fragment/page=0001

eine entschiedene Vorkämpferin des gleichen Rechts sein soll, ein Wohlverhaltungszeugnis aus, indem sie schreibt:

. . . wo von alters her ein **Wahlbündnis zwischen den Konservativen und dem Zentrum** besteht, ist es auch für die Landtagswahlen erneuert worden, oder es wird erneuert werden. **Die Zentrumsfraktion des Abgeordnetenhauses steht eben noch nicht so unter dem Banne einer demokratischen Mehrheit wie die Zentrumsfraktion des Reichstages; manches ihrer Mitglieder aus dem Osten der Monarchie würde sich zu den Konservativen halten,** wenn nicht durch den Kulturkampf die kirchliche Spaltung in der Politik eingeführt worden wäre.

Da haben wir in lebenswahrer Abbildung die „inneren Fraktionsverhältnisse", die das Zentrum veranlassen, die Wahlrechtsfrage „dilatorisch zu behandeln". Ein gut Teil der Zentrumsabgeordneten sind überhaupt nichts anderes als **katholische Junker,** und diese haben sich auch geweigert, den letzten Wahlrechtsantrag des Zentrums mit zu unterzeichnen. Man kennt die Namen; es sind die Herren Graf von Ballestrem König, Graf v. Praschma, Albers, Becker, Decker, Euler, Ostrop, Pingen, Ruegenberg, Graf v. Strachwitz, Graf von Spee-Unterberg, Wattendorf und Graf Wolff-Metternich. Andere mögen den Antrag unterzeichnet haben, weil sie mit der Kreuzzeitung meinen, daß im Königreich Preußen eine Politik, die das gleiche Recht aller will, eine „Politik der Unmöglichkeit" sei. Dem Rest, der, wie wir gerne annehmen wollen, das gleiche Wahlrecht wirklich will, sind die Hände gebunden, und er ist gezwungen, auf den Vorwurf der Sozialdemokraten, das Zentrum trete nicht ernstlich für das gleiche Wahlrecht ein, mit Entstellungen, Ausflüchten oder plumpen Schimpfereien zu antworten.

Dem Zeugnis der Kreuzzeitung gegen das Zentrum schließt sich auch der wahlrechtsfeindliche Freiherr v. Zedlitz an, der im Tag wohlgefällig bemerkt:

Dem Zentrum, das, wenn auch **stark platonisch,** gleichfalls für die Einführung des Reichstagswahlrechts eintritt, und den Polen stehen die Freisinnigen mindestens ebenso feindlich gegenüber wie den Sozialdemokraten . . . Daß man im **Zentrum nicht weniger als Freureifer für die Sache entwickelt, ist** schon oben angedeutet worden.

Auch dieser Minierer des Reichstagswahlrechts jubelt, daß von Einheitlichkeit und Geschlossenheit im Wahlkampf bei den Anhängern des Reichstagswahlrechts nicht die Rede sein kann. So bleibt der entrechteten Wählerschaft, um die im Kampfe notwendige, durch die Unehrlichkeit und Unzuverlässigkeit der bürgerlichen Parteien gesprengte Einigkeit wiederherzustellen, kein anderes Mittel übrig, als sich in gewaltigen Scharen **einheitlich und geschlossen hinter die Sozialdemokratie zu stellen,** die nach den Worten der Kreuzzeitung in der Wahlrechtsfrage „konsequent bis zum Aeußersten" ist, und die auch das scheinbar **Unmögliche möglich** wachen wird, wenn ihr die Massen dazu helfen!

Tagesgeschichte.

Halle a. S., 21. April 1908.

Die Herren im Hause der Nationalliberalen.

Die Nachricht, daß die abermals verkrachte Nationalzeitung, das Berliner Organ der Nationalliberalen mit der Post verschmolzen werden solle, ist zwar dementiert worden, wird aber von der Freis. Ztg. in etwas veränderter Form aufrecht erhalten. Beide Blätter sollen durch eine Art Betriebsmittelgemeinschaft miteinander verbunden werden, doch soll angeblich der politische Teil der Blätter von der Fusion unberührt bleiben, während Lokales, Sport, Handel usw. beiden gemeinsam sein soll. Die geschäftliche Leitung des Ganzen übernimmt der Chefredakteur der Post, Herr Kronsbein, seine erste Tat war die Kündigung sämtlicher Redakteure und Mitarbeiter der Nationalzeitung.

Noch vor wenigen Tagen rühmten sich die Jungliberalen des Einflusses, den sie auf das Berliner nationalliberale Organ gewonnen hätten. Jetzt gelangt auch diese wichtige Position in die Hände der scharfmacherischen Arbeitgeberfraktion, die es ja auch gewagt hat ihren Angestellten Leidig den Berlinern als Landtagskandidaten zu präsentieren. Angesichts dieser Tatsachen kann es nur Heiterkeit erregen, wenn ein Jungliberaler jetzt in der Nationalzeitung nicht zugeben will, daß seine Freunde in Kassel vor den großen Geldsäcken zu Kreuze gekrochen seien, und behauptet, die Jungliberalen seien ja Anhänger des gleichen Wahlrechts aber nur nicht für den „gegenwärtigen Augenblick", für den sie **sich mit dem „Erreichbaren" begnügen** wollen. Den Herren mit der dicken Priestasche ist in der nationalliberalen Partei alles „erreichbar", für die andern bleibt nur das „sich begnügen".

Das Recht der Presse auf Kritik. Die bürgerlichen Westfälischen Neuesten Nachrichten hatten eine Steuerordnung, die in der Landgemeinde Herscheid eingeführt worden war, scharf kritisiert und u. a. die Einführung der Hand- und Spanndienste — um die handelte es sich bei der betreffenden Steuerordnung — in einem längeren Artikel als „mittelalterlich, morsch, überlebt und aus der Rumpelkammer hervorgeholt", bezeichnet; in einer Wochenplauderei war dann weiter noch in humoristisch-satirischer Weise die erwähnte Verordnung als verfehlt gegeißelt worden. Durch die Kritik fühlten sich der Amtmann und die Gemeindevertreter beleidigt und stellten Strafantrag gegen den verantwortlichen Redakteur der genannten Zeitung. Das Gericht kam zu einer Freisprechung. In dem Urteil wird folgendes ausgeführt: Es liegt weder objektiv noch subjektiv eine Beleidigung vor. Objektiv aus dem Grunde nicht, weil die Artikel in durchaus ruhiger und sachgemäßer Weise Kritik geübt haben. Subjektiv darum nicht, weil es dem Angeklagten lediglich auf die Sache ankam und die Absicht der Beleidigung ihm nicht nachgewiesen werden konnte. Wer in der Oeffentlichkeit steht, der müsse solche Kritik üben dürfen.

Das Urteil ist an sich selbstverständlich. Immerhin können die Westfälischen Neuesten Nachrichten von Glück sagen, daß sie kein sozialdemokratisches Blatt sind und nicht in Halle vor Gericht standen. Hier würde man ihnen klar gemacht haben, daß die Presse kein Recht auf Kritik hat und daß die „Tendenz" des Blattes stets auf eine beleidigende Absicht schließen lasse.

Eulenburg klagt doch. Dem Justizrat Bernstein wurde von der Staatsanwaltschaft am Landgericht Berlin I die Anklageschrift wegen Beleidigung des Fürsten Eulenburg zugestellt. Die Beleidigung wird in einigen Aeußerungen gefunden, die Bernstein beim ersten Hardenprozeß getan hat.

Der § 175 in der Kaserne. Wegen sittlicher Verfehlungen gegen Untergebene ist in Lyk (Ostpreußen) der Leutnant Wolfgram fahnenflüchtig geworden. Ein Unteroffizier wurde wegen desselben Delikts verhaftet.

Ausland.

Ungarn. Demonstrationen für das allgemeine Wahlrecht haben an den Ostertagen in Budapest und anderen Orten stattgefunden, die einen ruhigen Verlauf genommen haben.

Afrika. Das marokkanische Abenteuer bringt, wie vorauszusehen war, den Franzosen im Süden der algerischen Provinz Oran ernste Verwicklungen. In den letzten Tagen haben hier an der algerisch-marokkanischen Grenze Kämpfe zwischen französischen Truppen und einer Harka (Kriegsabteilung), die aus Marokkanern und algerischen Eingeborenen bestand, stattgefunden. Die Verluste der Franzosen werden auf 28 Tote und 100 Verwundete angegeben. Die Eingeborenen ließen zahlreiche Tote und Verwundete, sowie eine Fahne und ein Schnellfeuergeschütz zurück. Bei späteren Patrouillenritten wurden noch sieben französische Soldaten verwundet.

Asien. Ein russisch-persischer Konflikt ist infolge von Ueberfällen durch räuberische Kurden ausgebrochen. Eine russische Truppenabteilung hat die persische Grenze überschritten und persische Dörfer bombardiert, wobei viele Unschuldige getötet wurden. Die Lage wird als sehr kritisch geschildert.

Zur Landtagswahl.

Der Wahlaufruf der Freikonservativen

ist kurz vor Ostern veröffentlicht worden. Hinter dieser Partei stehen bekanntlich die Schlotbarone, Hütten- und Grubenbesitzer, Zuckerkönige und Eisenmagnaten. Der Aufruf dieser Herren und ihrer politischen Angestellten beginnt mit folgenden Versprechungen:

Die **Neuwahlen** zum Abgeordnetenhause finden früher als gewöhnlich statt, damit in einer zeitig einberufenen Herbstsession die Neuordnung der **Besoldung** der Beamten, Geistlichen und Lehrer zum Abschluß gebracht werden kann, die **bedauerlicherweise** in der abgelaufenen Tagung von der Staatsregierung nicht vorgelegt ist. Wir werden bestrebt sein, durch diese Neuregelung auf längere Zeit befriedigende Zustände zu schaffen . . .

Zur **Deckung der Mehrausgaben** fordern wir in erster Reihe **Sparsamkeit** im Staatshaushaltsetat. Bei Gewährung reichlicher Mittel für alle Kulturaufgaben sind Mehrausgaben zu **vermeiden,** die über das unbedingt Notwendige hinausgehen. Dies gilt insbesondere von Bauten und von der Vermehrung der Beamtenstellen.

Soweit **dennoch bei sachgemäßer Ausnutzung der vorhandenen** Steuerquellen eine **Steuererhöhung** nicht zu vermeiden ist, wird auf eine **verständnisvolle** Schonung des Mittelstandes in Stadt und Land Bedacht zu **nehmen** sein.

Hier ist nämlich der „Mittelstand" von 50 000 Mark Einkommen aufwärts gemeint, den übrigen verteuert die freikonservative Sippe jedes Stückchen Brot und Fleisch.

Zur Wahlfrage leisten sich die Herren folgende Witze:

Mit der Staatsregierung teilen wir die Ueberzeugung, daß unser Wahlrecht **verbesserungsfähig** ist. (Verbesserung fähig ist nämlich sehr gut gesagt! Red. d. V.) Die in Aussicht gestellte Vorlage zur Aenderung des Wahlrechts für das **Abgeordnetenhaus** werden wir mit Unbefangenheit, **aber auch mit Bedacht (!) und Vorsicht (!) prüfen.** Lediglich die Rücksicht auf dauernden Gewinn für das Staatswohl wird für unsere Entscheidung maßgebend sein. Die Uebertragung des **Reichstagswahlrechts** auf Preußen **lehnen wir ab.** Bestehende Wahlkreise dürfen wegen geringerer Bevölkerungszahl nicht beseitigt werden. Jede Wahlkreiseinteilung, welche einem Teile der Wahlkreise eine Verkürzung seiner bisherigen, historisch gewordenen Vertretung im Abgeordnetenhaus bringt, ist zu verwerfen.

Der „dauernde Gewinn fürs Statswohl" hat sich bei den Herren Freikonservativen bisher immer nach dem „dauernden Gewinn" für die eigene Tasche gerichtet. Wenn dieser Gewinn den Verkauf deutscher Kohlen ans Ausland erfordert, entspricht das dem Staatswohl und wenn man die Panzerplatten der lieben Regierung teurer anrechnete, als das Ausland sie liefert, so bekam das den Herren sehr wohl, wenn auch dem Statsbürger unwohl dabei werden konnte.

Die Polenunterdrückung kann auch in Zukunft auf freikonservative Unterstützung rechnen:

Die innere Kolonisation, insbesondere auch die Ansiedlung ländlicher Arbeiter, ist eine der wichtigsten Aufgaben unserer Zeit. Wir werden sie nach allen Richtungen fördern. Unsere Landsleute in den Grenzmarken dürfen vertrauen, daß wir, wie bisher, für alles entschlossen eintreten werden, was dem bedrohten Deutschtum wirksamen Schutz verspricht.

Landwirtschaft, Gewerbe und Handel haben den gleichen Anspruch auf wirksame Pflege und Förderung durch den Staat und seine Regierung. Namentlich bedarf der schwer um seine Existenz ringende Mittelstand (Siehe oben. Red. d. V.) in Stadt und Land, Handwerk und Kleinhandel wirksamer Unterstützung und Hilfe, und zwar um so mehr, als die Bedrohung dieser Zweige des heimischen Erwerbslebens durch die Sozialdemokraten einen neuen Beweis für ihre staatserhaltende Kraft liefert.

Und nachdem man das allgemeine gleiche geheime direkte Wahlrecht abgelehnt hat, erlaubt man sich folgende Heuchelei:

Die **Beteiligung** an der Staatsverwaltung und an der Volksvertretung soll für die tüchtigsten Kräfte des Volkes gleichmäßig erreichbar sein.

Nach diesen Beweisen von Wahrheitsliebe und Förderung des Staatswohles darf der Aufruf schließen:

Geleitet von diesen Grundsätzen wird unsere Parole bleiben: „Das **Vaterland über die Partei,** das **Gemeinwohl über die Sonderinteressen.**" (!)

Frhr. v. Zedlitz und Neukirch. v. Dirksen. Brütt
Dr. Arendt-Mansfeld. Freiherr v. Gamp-München. Dr. Hoefsel.
Krause-Waldenburg. v. Liebert. Rewoldt. Stengel.

Diese Namen genügen schon zur Kennzeichnung der freikonservativen Volksfreunde.

Nationalliberaler Landsturm.

Etwas reichlich spät, aber doch immer noch im 20. Jahrhundert, besinnt sich die nationalliberale Partei darauf, daß es außer der Drehscheibe auch noch einige andere Dinge in der Welt gibt, die von einer politischen Partei nicht übergangen werden dürfen. In Magdeburg soll am 25. und 26. April **ein preußischer** Parteitag tagen, auf dem die Stellung der Nationalliberalen in der **Wahlrechtsfrage** behandelt und festgelegt werden soll. Der Zentralvorstand der nationalliberalen Partei hat einen Entwurf einer Wahlrechtsresolution ausgearbeitet, die diesem preußischen Parteitag unterbreitet werden soll.

Die Wahlrechtsresolution sieht das **Pluralwahlrecht als** geeigneten Ersatz für das Dreiklassen-System an, schwingt sich aber doch zur Forderung der **direkten** und der **geheimen Wahl** auf. Besonders die letzte Forderung hat einiges Aufsehen erregt, da es ja bekannt ist, daß die **entschiedensten Gegner** der geheimen Wahl gerade unter den **industriellen Geldgebern der nationalliberalen Partei** zu finden sind. Die Magdeburg. Zeitung, eines derältesten Organe der Nationalliberalen, hat den wahren Zweck dieser Bestimmung allerdings bald nach der Veröffentlichung der Resolution verraten: Das Wörtchen „geheim" soll das **Kompensationsmittel** werden, um schließlich die Gegner der nationalliberalen Wahlreform zu ködern. Vor den Wählern will also die nationalliberale Partei unentwegt an der „Forderung" des geheimen Wahlrechts festhalten, um bei einem zukünftigen Wahlrechtshandel gerade das **„geheim"** über Bord zu werfen, wenn es gilt, Bestimmungen zu ergattern, die die Arbeiterschaft auch so zu entrechten wissen, während die nationalliberale Partei „das Gesicht gewahrt" hat.

Vielleicht wird man der Magdeburg. Ztg. auf dem Parteitag den Kopf waschen, weil sie ein Parteigeheimnis so ungeschminkt ausplauschte. Draußen im Lande aber soll man sich durch die **Wahlrechtsresolution des Zentralvorstandes** der Nationalliberalen nicht irre machen lassen: **Das geheime** Wahlrecht ist den politischen Kommis der Scharfmacher **ein** Greuel und nur bestimmt, freisinnige Gimpel zu fangen.

Vielleicht wird sich der erwähnte preußische Parteitag auch mit der **Frauenbewegung** zu befassen haben. Denn nach rund vierzigjährigem Bestehen der Partei taucht angesichts des neuen Vereinsgesetzes und der bevorstehenden Wahlen auch in nationalliberalen Köpfen ein schwacher Erkenntnisschimmer davon auf, daß es so etwas wie eine **Frauenfrage** gebe. In der Magdeburg. Zeitung wird deshalb allen Ernstes gefordert, daß die Partei „prinzipiell zur Frauenbewegung Stellung nehmen" soll. Je rechtzeitiger und entschiedener wir hier die Führung übernehmen, um so mehr werden wir in der Lage sein, mitbestimmend die Bahnen der Frauenbewegung festlegen zu können".

Nichts kennzeichnet mehr den „Krähwinkler Landsturm" der Nationalliberalen, daß sie als „Kultur"-Partei jetzt schon (!!) Stellung nehmen wollen zu einer Frage, die für andre Parteien, insbesondere aber für die Sozialdemokratie, längst spruchreif geworden ist. Die wirtschaftliche Entwicklung, die die Frauenarbeit und damit die Frauenfrage und »Bewegung schuf, hat nicht gewartet, bis der nationalliberale Landsturm sich ihrer zu erinnern für gut befindet. Die Wahlrechtsbewegung, die eine wirtschaftliche Notwendigkeit geworden, wird nicht auf die nationalliberalen Kuhhändler warten wollen.

Die Furcht vor den Rechten

Während die sozialdemokratische Arbeiterschaft sich mit aller Kraft zur Beteiligung an der Wahl zum Dreiklassenparlament rüstet, verraten die Konservativen als bisherige Alleinherrscher eine begreifliche Erregung bei dem Gedanken, daß einige sozialdemokratische Hechte in den Karpfenteich gelangen könnten. Die sonst so schwerfällige Kreuzzeitung z. B. zeigt zuweilen einen sehr verdächtigen Eifer, die Liberalen vor der roten Gefahr ängstlich zu machen. Das Bemühen ist zwar absolut überflüssig, da bereits ein hinreichendes Maß an **Sozialistenfurcht** beim Fraktionsfreisinn vorhanden ist, indessen **kennzeichnet es** doch das Unbehagliche der Situation, in die der bloße Gedanke an sozialdemokratische Landtagsmandate die Konservativen versetzt hat.

Kürzlich ließ sich das offiziellste der konservativen Parteiorgane in einer Polemik gegen die **Breslauer Volkswacht** also vernehmen:

Daß im sozialdemokratischen Lager der Wunsch nach einem **Mandatsschacher mit dem Freisinn** besteht, kann man aus einer recht interessanten Betrachtung der Breslauer Volkswacht über die Landtagswahlen erkennen . . . Das Blatt gibt dem Freisinn zu verstehen, daß besonders in Oberschlesien, aber auch in anderen Teilen der Provinz 20—30 sozialdemokratische Wahlmänner das Zünglein an der Wage zwischen den kämpfenden Parteien bilden könnten . . . Taktische Fragen will das sozialdemokratische Blatt aber jetzt noch nicht aufwerfen. „Erst heißt es, die Position zu erobern, von der aus wir Einfluß ausüben können." **Das ist ein hinreichend verständlicher Wink mit dem Zaunpfahl, an den Freisinn.** Wenn er sich nur irgendwie dazu bequemen könnte, dem Genossen Zugeständnisse zu machen, so wird die Sozialdemokratie auf dem Klassenstandpunkte nicht eigensinnig stehen bleiben sondern die bequeme und lukrative **Regel vom „kleineren Uebel"** gelten lassen . . .

Die Schrecken eines **„Mandatsschachers** mit dem Freisinn" müssen doch außerordentlich tiefe Wirkungen ausüben, wenn die Konservativen sich in dieser Weise die Köpfe **anderer Leute zerbrechen!** Das führende konservative Partei-

---

in ihrer Gegenwart über ihren Sohn zu sprechen, verabschiedete sich und ging in ihr Zimmer, leicht gekränkt darüber, daß die Menschen ihren Wunsch so wenig würdigten. Als sie mit offenen Augen im Bett lag, kam während des leisen Geflüsters heftige Unruhe über sie.

Der verflossene Tag war düster, unverständlich und voll böser Vorzeichen, aber es wurde ihr schwer, an ihn zu denken, sie wehrte die finsteren Eindrücke von sich ab und richtete ihre Gedanken auf Pawel. Sie wünschte ihn frei zu sehen und erschrak gleichzeitig davor; sie fühlte, daß sich ringsum alles zuspitzte, in Erregung geriet, und daß scharfe Zusammenstöße drohten. Die stumme Geduld der Leute war verschwunden, an ihre Stelle war gespannte Erwartung getreten, die Aufregung wuchs merklich, man hörte scharfe Worte, von allen Seiten wehte etwas neues, Beunruhigendes herüber . . . Jeder Aufruf hatte auf dem Markt, in den Läden unter Angestellten und Handwerkern lebhafte Erörterungen zur Folge; jede Verhaftung in der Stadt erzeugte Furcht, Ratlosigkeit, bisweilen auch unbewußte Sympathie und rege Disputte über die Ursachen der Verhaftung. Immer häufiger hörte sie unter einzelnen Leuten Worte, die sie einst erschreckt hatten: Aufruhr, Sozialisten, Politik. Sie wurden spöttisch ausgesprochen, aber hinter dem Spott versteckte sich ungeschickt Neugierde, Bosheit und Furcht voll Hoffnung und Drohung . . . Langsam bildete sich in weiten Ringen in dem abgestandenen dösteren Leben Erregung, erwachten schläfrige Gedanken, und das gewöhnliche gezwungen ruhige Verhalten gegenüber den Tagesereignissen geriet ins Schwanken. Alles das sah sie klarer als andere, denn sie kannte besser als jene das stets gleiche Antlitz des Alltagslebens, und als sie jetzt in ihm die Falten des Nachdenkens und der Erbitterung, das unklare Verlangen nach Neuem sah, freute sie sich und erschrak gleichzeitig. Sie freute sich, weil sie das für das Werk ihres Sohnes hielt, und fürchtete sich, da sie wußte, daß er, sobald er aus dem Gefängnis käme, an die gefährlichste Stelle treten würde . . . Und dann würde er zugrunde gehen.

Sie fühlte oft in ihrer Brust große, allen notwendige Gedanken, sie wollte immer häufiger selbst über die Wahrheit reden, konnte sie aber fast nie durch Worte ins Leben rufen; ihre Gedanken drückten ihr schwer und stumm das Herz. Bisweilen wuchs das Bild des Sohnes bis zur Größe der alten Märchenriesen vor ihr auf; er vereinigte in sich alle redlichen, kühnen Worte, die sie gehört, alle Menschen, die ihr gefielen, alles Heldenhafte und Strahlende. Dann empfand sie Rührung und Stolz, liebkoste in stillem Entzücken dieses Bild und dachte hoffnungsvoll:

„Alles wird gut . . . alles!"

Ihre Liebe, die Mutterliebe, entbrannte und preßte ihr Herz fast schmerzhaft zusammen; sie beeinträchtigte die Liebe zu den Menschen in ihr, an ihre Stelle des erhabenen Gefühls regte sich in der grauen Asche der Unruhe schüchtern der kurze, traurige Gedanke:

„Er geht zugrunde . . . kommt um . . ."

Sie versank spät in einen schweren Schlaf und erwachte früh mit Reißen in den Gliedern und Kopfschmerz.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219080422-16/fragment/page=0002

organ wird aber noch deutlicher, indem es zum Schluß seine Meinung in die Worte zusammenfaßt:

Dem Wunsche, eine Wahlparole auszugeben, daß die Wahl aller Kandidaten gefördert werden solle, die sich als Gegner des Dreiklassenwahlrechts erklären . . . „wird die sozialdemokratische Parteileitung in der Oeffentlichkeit schwerlich nachkommen. **Was aber unter der Hand geschieht — wer kann das wissen?**

Daraus spricht ganz deutlich die schlecht verhüllte Furcht, die Sozialdemokratie könnte tatsächlich den Gegnern des Dreiklassen-Wahlrechts **bedingungslos Unterstützung gewähren** und so die konservative Hochburg brechen. Aus dieser Angst vor der **Partei der Wahlrechtsfreunde** könnte der Liberalismus lernen, wie er seine Frontstellung einzurichten hätte. Da aber die Block- und die Kulturblock-Idee auch für die preußische Landtagswahl den Fraktionsliberalismus gefangen hält, so ist die Furcht der Kreuzzeitung vor einem „Mandatsschacher" zwischen Freisinn und Sozialdemokratie unbegründet. Nicht ohne Grund aber ist ihre weitergehende Furcht, daß im neuen Landtag einige sozialdemokratische Ankläger auferstehen könnten, die den Feinden und den falschen Freunden des Volkes die ungeschminkte Wahrheit sagen würden. Möge die Furcht der Konservativen uns ein Sporn sein, **aus eigener Kraft zu siegen!**

Polizeikampf gegen das Landtagswahlrecht.

Im großen Schwurgerichtssaale begannen am Dienstag vor der 1. Strafkammer des Berliner Landgerichts I die Verhandlungen gegen 19 Angeklagte, die bei den Wahlrechts-Demonstrationen im Januar von der Polizei festgenommen worden sind.

Angeklagt sind: 1. Ingenieur Guido **Adler**, 2. Metallarbeiter Richard **Paschke**, 3. Tischlergeselle Bruno **Wermuth**, 4. Schlossergeselle Otto **Ludwig**, 5. Arbeiter Johann **Krause**, 6. Schleifermeister Wilhelm **Oden**, 7. Monteur Max **Binder**, 8. Tischler Rudolf **Gartheis**, 9. Bäckergeselle Wilhelm **Neugebauer**, 10. Anstreicher Artur **Thube**, 11. Arbeiter Richard **Reichel**, 12. Metallarbeiter Artur **Jaeckel**, 13. Maurer Rich. **Kreutzberg**, 14. Arbeiter Eduard **Ludwig**, 15. Kutscher Karl **Kohl**, 16. Tischler Hermann **Priebe**, 17. Zuschneider Otto **Vogel**, 18. Former Emil **Bechmann**, 19. Dachdecker Hermann **Mehrlein**.

Die Anklage beschuldigt den Kutscher Kohl: am 10. Januar, die sämtlichen übrigen Angeklagten: am 12. Januar an einer öffentlichen Zusammenrottung teilgenommen zu haben, bei welcher eine der in den §§ 113 und 114 bezeichneten Handlungen mit vereinten Kräften begangen wurde, bezw. den Anordnungen der Schutzleute nicht Folge geleistet, Widerstand geleistet, bezw. die Polizeibeamten beleidigt zu haben.

Den Vorsitz im Gerichtshofe führt Landgerichts-Direktor Blanckmeister, die Anklage vertritt Staatsanwalt Töpffer, die Verteidigung führen die Rechtsanwälte Dr. Heinemann, Dr. Kurt Rosenfeld, Leonh. Friedmann und Mußkat.

Die Zahl der geladenen Zeugen beträgt über hundert, darunter mehr als 60 von der Verteidigung geladene Entlastungszeugen. Als Belastungszeugen sind 32 Polizeibeamte und einige Zivilzeugen zur Stelle.

Der Angeklagte Kohl behauptet, daß er am 10. Januar abends ganz ohne sein Zutun und rein zufällig in einen in der Schönhauser Allee gebildeten Auflauf hineingeraten sei.

Die Angeklagten Paschke, Wermuth und Ludwig, die an dem Vorfall an der Friedrichsgracht beteiligt sein sollen, behaupten fast übereinstimmend folgendes: **Paschke will** in der Koppenstraße in den Zug hineingeraten sein. Mehr aus Neugierde sei er mitgegangen; an der Friedrichsgracht habe er dann einen Säbelhieb über den Kopf erhalten. **Wermuth** wollte nach der Versammlung im Feen-Palast. Auch er hat an der Friedrichsgracht einen Säbelhieb erhalten und ist dann zu Boden gerissen worden. **Ludwig** wollte einen Freund besuchen. An der Gertraudtenbrücke wäre plötzlich von hinten auf ihn eingeschlagen worden.

Krause will gleichfalls in den Strudel mit hineingerissen und in die Neustädtische Kirchstraße durch berittene Schutzleute hineingedrängt worden sein.

Oden bestreitet, sich an einer Demonstration beteiligt zu haben.

Bruder und Gartheis sollen gelärmt haben. Beide erklären, daß sie den Vorwärts nicht lesen und von den Demonstrationen nichts gewußt haben.

Neugebauer soll sich Unter den Linden in der Menschenmenge befunden und gejohlt haben. Er bestreitet, an einem Zuge teilgenommen zu haben.

Thube soll versucht haben, die Postenkette zu durchbrechen, auch soll er: „Pfui, Ihr Schweinehunde!" und „Ihr Bluthundel" gerufen haben. Er bestreitet, sich irgendwie strafbar gemacht zu haben und gibt an, er sei ahnungslos die Linden entlang gegangen, als er plötzlich wegen „Null Komma nischt" überritten wurde.

Jaeckel und Reichelt waren ebenfalls Unter den Linden und sollen versucht haben, die Schutzmannskette zu sprengen und „Bluthunde" gerufen haben. Beide bestreiten jede Beleidigung. **Kreuzberg** soll sich ebenso wie die übrigen folgenden Angeklagten nur des Widerstands schuldig gemacht haben. Er bestreitet dies.

Ludwig soll bei dem Vorfall am Königstor gerufen haben: „Stinkbolzen, Du hast ja nischt zu fressen!" Er bestreitet dies, ebenso bestreiten Mehrlein und Priebe, die sich des Widerstands schuldig gemacht haben sollen, jede Schuld.

Vogel ist bei einem Vorfall in der Holzmarktstraße beteiligt. Er soll ein rotes Plakat mit der Inschrift: „Heraus mit dem Landtagswahlrecht!" getragen haben. Der Angeklagte bestreitet dies.

Bechmann soll am Büschingplatz Widerstand geleistet haben. Er habe, so führt er u. a. aus, sich mit anderen in einem Lokal „einen angetrudelt", als jemand hineingekommen sei und gerufen habe: „Draußen hauen sie sich!" Da sei er hinausgegangen, um sich die Sache anzusehen, da sei einer von hinten gekommen, habe ihn am Genick gepackt und ihn mitgenommen.

Rechtsanwalt Dr. Heinemann hatte beantragt, die Kriminalschutzleute Dreber und Kassube zu laden. Dieselben sollten bezeugen, daß sie sich unter die Menge an der Friedrichsgracht gemischt und selbst sehr stark gejohlt und geschrien haben. Der Polizeipräsident hat den Beamten die Erlaubnis zur Aussage über amtliche Dinge nicht erteilt. Nunmehr beantragt Dr. Heinemann, die beiden Schutzleute über tatsächliche Dinge zu vernehmen. U. a. soll Kassube bekunden, daß er von Polizeibeamten von hinten geschlagen worden sei, ohne irgendwelchen Widerstand geleistet zu haben. Ferner wiederholt Rechtsanwalt Dr. Heinemann seinen Antrag, den Polizeipräsident v. Borries darüber zu vernehmen, daß Straßendemonstrationen nicht immer von der Polizei als absolut zu verbietende angesehen werden, wie ja die polizeilichen Eingriffe gegen die Demonstranten vor dem Reichskanzlerpalais am Wahltage gerügt worden seien. Hierauf beginnt die Beweisaufnahme

Zunächst wird der kleine Vorfall in der Schönhauser Allee erledigt, an dem der Angeklagte Kohl allein beteiligt sein soll. Der Polizeiwachtmeister Henkwinat und der Schutzmann Eitner bekunden, daß Kohl sich in der Menschenmenge, die sonst ruhig weiterging, durch laute Rufe auffällig gemacht habe. Beide Zeugen bestreiten unter ihrem Eide, den Angeklagten geschlagen zu haben.

Die Restaurateursfrau Gorgorenz bekundet, daß der Angeklagte bis abends 11 Uhr in ihrem Lokal gewesen sei, dann mit ihr noch eine Zeitlang vor der Tür gestanden habe. Später habe sie von ihrem Fenster aus gesehen, daß Schutzleute ihn arretiert hatten. Er habe sich bei ihr stets anständig benommen.

Die Polizeiattacke in der Friedrichsgracht.

Polizeihauptmann Stephan macht Bekundungen über die Vorgänge am 12. Januar an der Friedrichsgracht. Die Polizei hatte die Aufgabe, zu verhindern, daß Demonstranten vor das Schloß zogen. Er habe plötzlich an der Friedrichsgracht furchtbares Geschrei gehört, und als er hinging, habe er die Friedrichsgracht von etwa 3000 Menschen gefüllt gefunden, ebenso die Grünstraße und die Wallstraße. Der Zug, der anmarschiert war, schrie: „Nieder mit Bülow! Hoch das allgemeine Wahlrecht!" Der Zeuge ordnete Absperrung an; die Menge wurde unter Hinweis auf § 116 aufgefordert, auseinander zu gehen. Als nicht Folge geleistet wurde, wurde zum zweiten Male die Aufforderung zum Auseinandergehen erlassen, mit der Warnung, daß eventuell von der Waffe Gebrauch gemacht werden würde. Diese Aufforderung wurde mit Gejohle beantwortet. Dann kam die dritte Aufforderung mit dem Hinweis, daß **sofort von der Waffe Gebrauch gemacht werden würde.** Als darauf die Marseillaise gesungen wurde und die Menge vorwärts drängte, kommandierte der Zeuge: „Säbel heraus!" Darauf stießen der Zug und die Schutzleute aufeinander. Die Beamten standen mit hochgezogenem Säbel da. Er habe keinen Befehl zum Einhauen gegeben; die Beamten hätten aber plötzlich von beiden Seiten eingehauen. Sobald die Ersten in der Menschenmenge Kehrt machten habe er durch ein lautes „Halt!" seine Leute, die natürlich etwas aufgeregt waren, namentlich, nachdem ein Schuß gefallen war, zum Stillstand gebracht. Die Demonstranten hatten Zeit, sich zurückzuziehen. Auf dem Rückzuge der Menge sei von den Polizeibeamten von der Waffe kein Gebrauch gemacht und niemand sei auf den Rücken geschlagen worden. Ganz ausgeschlossen sei es, daß die Menge etwa in eine „Mausefalle" getrieben worden sei. Der Zeuge bekundet weiter, daß er außerdem am Tage vorher den Befehl gegeben habe, daß gegen Frauen im Zuge mit der größten Rücksicht und ritterlich zu verfahren und Kinder absolut zu schonen seien; ferner daß niemand etwaige Verfolgungen in die Häuser aufnehmen solle. Die Mende wurde durch einen Mann angeführt, der einen Zettel mit der Inschrift: „Heraus mit dem allgemeinen Wahlrecht!" trug. Der Zug bestand zumeist aus Leuten, die wohl aus Versammlungen gekommen waren, es war aber auch viel Janhagel, 16- bis 18jährige Burschen, dabei. Nachdem sich die Menge zerstreut hatte, lagen auf der Straße eine Menge Hüte, Stöcke, Schirme und dergleichen.

Polizeileutnant Pusch hatte Aufstellung an der Gertraudtenbrücke. Als der Zug herankam, wurde die Marseillaise gesungen; ein Führer, der ein grünes Plakat trug, ging voraus. Der zweimaligen Aufforderung zum Zurückgehen wurde nicht Folge geleistet, die Leute blieben vielmehr stehen. Der Zeuge hatte blank gezogen, ebenso seine Sektion. Geschlagen wurde aber nicht. Auch dieser Zeuge hat den Schuß fallen hören.

Polizeileutnant Dr. Koch, der zunächst hinter der Petrikirche stand, bestätigt die Darstellung des Hauptmanns Stephan.

Im Anschluß an diese Zeugenvernehmungen stellen die Verteidiger eine ganze Reihe von Fragen, deren Tendenz dahin geht, daß in dem Wirrwarr viele Leute in der Menge die Aufforderung des Polizeihauptmanns bezw. der Polizeioffiziere nicht gehört haben können, ferner, daß jemand, der in der Menge war, überhaupt nicht mehr herauskam, sondern fortgerissen wurde, er mochte wollen oder nicht; endlich, daß die Haltung der Menge zunächst gar nicht drohend gewesen sei, die Schirme und Stöcke vielmehr erst erhoben worden seien, als die Schutzleute losschlugen; letzteres sei geschehen, als die Menge schon im Zurückgehen begriffen war. Seitens der Polizeibeamten wird dieser Darstellung widersprochen.

Zeuge Musterzeichner Schattenberg hat von seinem Fenster in dem Hause Friedrichsgracht 39 aus, den Zug ankommen sehen. Ein Mann ging voraus, der sich als Führer gerierte. Zeuge hat dann gesehen, wie die Schutzleute plötzlich blank zogen und Leute niederstürzten. Die Menge stob in wilder Flucht auseinander, sie wurde aber aufgehalten, weil plötzlich ein Mann im Kanal lag.

Vorschullehrer Hirche aus Rixdorf hat, als er mit der Straßenbahn an der Gertraudtenbrücke ankam, die Menschenmenge gesehen, ist abgesprungen und hat am Gertraudtensteg Aufstellung genommen. Nach Ansicht des Zeugen war die Menge schon im Rückwärtsbewegen, als auf sie geschlagen wurde.

Das Gericht beschließt, dem Antrage auf Ladung der Kriminalschutzleute Draber und Kassube sowie des Kriminalkommissars Degner stattzugeben, sobald der Polizeipräsident die hierzu erforderliche Genehmigung erteilt hat. Die Ladung des Regierungspräsidenten v. Borries wurde abgelehnt, dagegen die Ladung der weiter benannten Zeugen beschlossen. Es tritt hierauf eine halbstündige Mittagspause ein, nach welcher eine Reihe von Anwohnern der Häuser an der Friedrichsgracht vernommen werden, welche die Vorfälle vom Fenster aus beobachtet haben sollen. Die Zeugen haben die Vorgänge zum Teil erst von dem Augenblick an beobachtet, in dem ein Mann — wie ein Zeuge sagte —, „um sich vor dem Schutzmannssäbel zu retten" in das Wasser sprang. Grünkramhändler Fischer erklärt, daß der Zug nach seiner Ansicht in würdiger Weise dahergekommen sei. Der Zeuge Rauhpeter hat Rufe: „Die Mörder, die Schutzleute, haut sie doch!" gehört, auch hat er gesehen, daß ein Mann hinter einem Bauzaun hervor mit einem Revolver schoß, der Schütze war ein Zivilist. Vor dem Blankziehen hat kein Widerstand seitens der Menge stattgefunden. Er hat sich gewundert, warum gegen die Menschenmenge mit Säbelhieben vorgegangen wurde.

Der Zeuge Heizer Schmettau bekundet folgendes: Vor dem Zuge ging ein Mann mit einem Plakat am Hut. An der Gertraudtenbrücke, als der Zug auf die Schutzmannskette stieß, sprach der Führer mit einem Polizeibeamten, drehte sich dann um und winkte der Menge zum Zurückgehen zu. Widerstand wurde nicht geleistet, aber plötzlich schlugen die Schutzleute mit dem Säbel ein.

Schlächtermeister Berndt: Der Zug ging an meinem Hause ruhig und anständig vorbei.

Gastwirt Arnold: Die Menschenmenge staute sich so, daß kein Mensch vor noch rückwärts konnte. Kurz vor der „Hauerei" zog sich die Menge schon langsam zurück. Die Menge ging vorher zurück, ehe blankgezogen wurde.

Der Polizeileutnant Fleis bekundet: Als er den Befehl zum Vorrücken gab, fand er an der Friedrichsgracht eine johlende und schreiende Menschenmenge von über viertausend Köpfen dem Polizeileutnant Pusch gegenüber. Der Zeuge schilderte die Vorgänge ebenso wie Hauptmann Stephan und Leutnant Pusch.

Polizeileutnant Thiele: Als Hauptmann Stephan die Aufforderung zum Zurückgehen gegeben, machten die vordersten Reihen zwar Miene, etwas zurückzugehen, konnten aber nicht, denn sie wurden von hinten vorgedrängt. Erst als es ernst wurde, machten sie schnell Kehrt. Schutzmann Schwebler: Drei Leute holten aus, um ihn zu schlagen, er habe deshalb von seinem Säbel Gebrauch gemacht.

Der Vorsitzende teilt hierauf mit, daß vom Polizeipräsidenten eine Aeußerung dahin eingegangen ist, daß den

Kriminalschutzleuten Draber und Kassube und dem Kommissar Degner die Erlaubnis versagt

worden ist, über Beobachtungen, die sie in Ausübung ihres Dienstes gemacht haben, auszusagen.

Rechtsanwalt Dr. Heinemann: Ich bitte dann um Gerichtsbeschluß. Der Polizeipräsident kann in diesem Falle gar nicht die Erlaubnis versagen, denn es handelt sich nicht um Beobachtungen, die in Ausübung des Dienstes gemacht wurden. Ich behaupte, daß Draber und Kassube gar nicht im Auftrage handelten, als sie sich an dem Zuge beteiligten.

Staatsanwalt Dr. Toepffer: Als was sollen sie denn überhaupt dabei gewesen sein, wenn nicht dienstlich?

Rechtsanwalt Dr. Heinemann: Vielleicht als Polizeispitzel.

Beisitzer Landgerichtsrat Dietz: Sollen sie denn keinen Dienst gehabt haben?

Rechtsanwalt Heinemann: Nein. Sie haben vielleicht aus Privatliebhaberei gespitzelt. Vielleicht sind sie auch nicht im Auftrage ihrer Behörde Mitglieder von sozialdemokratischen Wahlvereinen geworden, sondern aus Privatvergnügen.

Zu Beginn der zweiten Sitzung verkündete der Vorsitzende den Beschluß des Gerichtshofs, noch einmal beim Polizeipräsidium anzufragen, ob die Kriminalschutzleute Trabert und Kassube am 12. Januar sich dienstlich oder privatim im Demonstrationszug befunden hätten. Hierauf wurde in der Beweisaufnahme über die Vorgänge in der Friedrichsgracht fortgefahren.

Zeuge Lehrer Hirche: Der Zug war erst etwa 50 Schritt zurückgegangen. Als dann Hauptmann Stephan kam, entstand ein Hin- und Herschwanken, einzelne gingen vor, andre zurück. Eine klare Bewegung war damals nicht mehr vorhanden. — Verteidiger Heinemann beantragt, um die Situation zu klären, eine Ortsbesichtigung vorzunehmen. — Zeuge Schutzmann Krause sagt aus, daß mit Stöcken und Schirmen von der Menge auf die Schutzleute eingeschlagen worden sei. Zeuge Schutzmann Gebe hörte aus der Menge wiederholt die Rufe: „Nicht zurückgehen! Vorwärts gehen!" Als er eine Frau aus dem Zuge herausholte, um sie zu schützen, sei ihm eine andere Frau an den Hals gesprungen, und er habe sich ihrer nur mit dem Säbel erwehren können. Auch andre Schutzleute bekunden, daß sie von der Menge tätlich angegriffen worden seien, immer aber erst nach dem Blankziehen, teilweise erst beim Einhauen. Der Gerichtshof beschließt hierauf einige von der Verteidigung vorgeschlagene neue Zeugen zu vernehmen und heute nachmittag in der Fridrichsgracht eine Inaugenscheinnahme des Ortes vorzunehmen. Es folgt die Beweisaufnahme über die **Zusammenstöße Unter den Linden.**

Zeuge Polizeihauptmann Accius hatte das Kommando Unter den Linden. Von 12½ Uhr an kamen einzelne Demonstrantenzüge, meist von der Friedrichstraße her. Zeuge hatte die Linden in der Höhe der Neustädtischen Kirchstraße durch eine Schutzmannskette abgesperrt, ebenso später das Reichstagsufer. Er ließ aber den Demonstranten den Rückweg durch die Neustädtische Kirchstraße und den Schlüterweg nach Norden jederzeit frei. Die Demonstranten entfernten sich auf die Aufforderung der Schutzmannschaft in langsamstem Tempo und benutzten auch teilweise die Bürgersteige. Aus einzelnen Abteilungen wurden Schimpfworte, wie Pfui! Bluthundel, geschrien. Die Züge fügten sich jedoch schließlich in die allgemeinen Anordnungen, wobei deutlich zutage trat, daß jeder Zug einen Führer hatte. Zum Waffengebrauch kam es nur gegen 3½ Uhr, als sich die Notwendigkeit erwies, die Linden an der Charlottenstraße zu säubern. Berittene Schutzleute trieben stärkere Trupps von Arbeitern weg nach der Neustädtischen Kirchstraße zu, dort durchbrachen die Weggetriebenen die absperrenden Schutzmannsketten, was Zeuge zunächst zuließ, da er annahm, es geschehe nur aus Angst vor den berittenen Schutzleuten. Die Leute blieben aber hinter der Schutzmannskette stehen und verhöhnten die Beamten. Deshalb wurde die Schutzmannskette verdoppelt und die Neuankommenden mit der blanken Waffe nach der Neustädtischen Kirchstraße gedrängt. — Schutzmann Erdmann: Sobald die berittenen Schutzleute zurückgezogen waren, rief der Angeklagte Krause laut „Hurra!" und versuchte, durch die Kette der Fußschutzleute wieder nach den Linden vorzudringen. Als er daran gehindert wurde, gab Krause dem Zeugen einen Fußtritt gegen das Schienbein, der noch acht Tage lang Schmerzen verursachte. Die Schutzleute holten ihn aus der Menge wieder heraus, wobei Krause auf dem Schutzmann Cramer einschlug.

Zeuge Schutzmann Cramer bestätigt die Aussagen des Vorzeugen. Er bekundet weiter, daß er, als er Krause verhaften wollte, aus der Menge einen Stockhieb über die Backe bekommen habe.

Es folgt der Fall des Angeklagten Schlossermeister Oden, der gleichfalls Unter den Linden verhaftet wurde. Angeklagter Oden bestreitet, an einem Demonstrationszug teilgenommen zu haben. Er leugnet auch den ihm zugeschriebenen Zuruf „Lausejunge". Zwei Schutzleute bekunden, diesen Zuruf von ihm gehört zu haben. Ein Bruder des Angeklagten ist mit Oden zusammen spazieren gegangen. Dieser habe nur, als er die Schutzleute die Menschenmenge verfolgen sah, zu ihm gesagt: „Sieh mal, wie der pustet!" Sonst sei nichts vorgefallen. Der nächste Angeklagte Binder gibt an, er sei von einem berittenen Schutzmann mit dem Fuße gestoßen worden. Er habe darauf nur gesagt: „Lassen Sie mich doch! Sie sehen doch, daß ich durch will!" Darauf wurde er verhaftet. Angeklagter Gartheiß erklärt, er sei aus Versehen in den Zug geraten und von einem Schutzmann ohne jeden Grund attackiert worden. Ein andrer Schutzmann habe ihn dann festgenommen. Zeuge Schutzmann Letzki bekundet, Gartheiß sei wiederholt auf die Schutzleute eingedrungen. Angeklagter Neugebauer will aus Neugierde nach den Linden gegangen sein. Er wurde mit dem Demonstrantenzug nach der Mittelstraße gedrängt und vor dem Continenttal-Hotel verhaftet. Angeklagter Thube gibt an, daß er an der Versammlung im Feenpalast teilgenommen habe. Dann habe er drei Stunden in einem Lokal gesessen und sich darauf nach der Artilleriestraße begeben, wo er in der Frauenklinik ein Paket abzugeben hatte. Da alle übrigen Wege versperrt waren, mußte er durch die Friedrichstraße gehen, wo einige Meter hinter ihm ein großer Demonstrantenzug kam. Er wurde plötzlich von berittenen Schutzleuten auf dem Bürgersteig umgeritten. — Zeuge Kriminalkommissar Graf: Thube hat mit einem Stocke nach den Schutzleuten geschlagen. Er befand sich in einem Demonstrantenzuge, der etwa noch 15 Mann zählte. Er hat sich auch besonders durch Schreien und Johlen hervorgetan. Der Angeklagte Reichelt will, wie alle Sonntage, nach den Linden spazieren gegangen sein und sich über die vielen Leute gewundert haben, ohne sich das erklären zu können. Zeuge Schutzmann Pupp: Der Angeklagte hat fortwährend gerufen: Infame Bluthunde. Der Angeklagte Maurergeselle Kreuzberg ist nicht, wie die vorhergehenden Angeklagten, wegen Aufruhrs sondern nur wegen Widerstand gegen die Staatsgewalt und wegen Beamtenbeleidigung angeklagt, weil die Menschenmenge, in der er sich befand, auch nach Annahme der Anklage selbst keine Gewalttätigkeiten begangen hat. Kreuzberg will einem alten Mann der umgeritten wurde, zugerufen haben: „Kommen Sie doch her und lassen Sie sich doch nicht die Knochen zerreiten!" — Zeuge Kriminalkommissar Graf: Der Angeklagte Kreuzberg hat fortwährend gebrüllt: „Immer rechts gehen"! Dann hat er andre Anordnungen, entgegengesetzt denen der Beamten, getroffen. Der Schutzmann, der den Angeklagten Kreuzberg verhaftet hat, bekundet, er habe nicht gesehen, daß Kreuzberg versucht habe, dem Kommissar Graf die Marke wegzureißen. Er habe aber versucht, sich loszureißen. Angeklagter Dachdecker Mehrlein soll hinter dem Schutzmann Rolle mit gehobener Faust hergelaufen sein und gerufen haben: „Haut doch die Hunde auf den Hut!" **Mehrlein bestreitet das.**

Der Vorsitzende teilt mit, daß der

Polizeipräsident aufs neue seine Genehmigung versagt habe

zur Vernehmung der Kriminalbeamten Trabert, Kassube und des Kriminalkommissars Degner. (Schluß folgt.)

Aus dem Reiche.

Bromberg. Ein Racheakt. Auf dem Gute Kraczke erschoß der Förster den Gutsverwalter Stezkowiak. Dem Förster war die Stellung gekündigt worden.

Verantwortlicher Redakteur: Ernst Däumig in Halle.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219080422-16/fragment/page=0003

3 Mittwoch Donnerstag Freitag 3

den 22. bis 24. April

Schulfreie Kinder-Tage.

Gratis erhält jedes Kind in Begleitung Erwachsener

beim Einkauf v. 1 Mk. 1 Soldaten-Garnitur oder 1 Papierdrachen

beim Einkauf v. 2 Mk. ein Theaterbillet II. Parkett zum Biophontheater Grosse Ulrichstrasse. Billets haben bis 30. April Giltigkeit.

In unserem Erfrischungsraum:

1 Tasse Kaffee u. 1 Stück Kuchen 10 Pf.

1 Paar Würstchen und 1 Semmel 10 Pf.

Extra-Preise für sämtl. Kinder-Bedarfs-Artikel.

Für Knaben.

Knaben-Anzüge in mellert u. blau für das Alter bis 6 Jahre	3.25
Knaben-Anzüge in praktischen Strapazierstoffen, für das Alter bis 9 Jahre 4.75	3.90
Knaben-Wasch-Blusen in allen Größen 1.50 1.25	75 Pf.
Schul-Hosen farbig und blau, in allen Größen 1.45 1.25 95	68 Pf.
Knabenkragen weiß und bunt	13 Pf.
Knaben-Serviteur mit Kragen weiß u. bunt	25 Pf.
Knaben-Manschetten	20 Pf.
Knaben-Sportmütze	23 Pf.
Knab.-Gummi-Hosenträger	14 Pf.
Knaben-Sportgürtel	12 Pf.
Knaben-Krawatten	9 Pf.
Prinz Heinrich-Mützen	28 Pf.
Knaben-Spazierstöcke	9 Pf.
Knaben-Filz-Hüte	85 Pf.
Knaben-Hemden Stück	60 Pf.
Knaben-Schürzen 85 72	65 Pf.
Knaben-Sweaters geringelt	62 Pf.
Matrosen-Mützen	50 Pf.

Für die Schule.

Frühstückstaschen 48 38	10 Pf.
Federbüchsen 8	5 Pf.
Schulfedern 8 Dutzend	9 Pf.
Federkasten 25 12	6 Pf.
Schultinte Flasche 9	4 Pf.
Reissbrettstifte 8 Dutzend	8 Pf.
Radiergummi 14 9 4	1 Pf.
Tafelschoner 42	22 Pf.
Notizbücher 8 6	2 Pf.
Reisszeuge 2.95 1.25 75	38 Pf.
Schieferwetzer	5 Pf.
Tafelschwämme 8	3 Pf.
Winkel 44 38	25 Pf.
Lineale 8 5 4	2 Pf.

Für Mädchen.

Kinderkleidchen in aparten Farben 95	45 Pf.
Kinderkleidchen weiß mit Stickereipasse	1.25
Kinder-Jacketts in allen Größen 6.50 4.75	2.75
Kinderkragen weiß Batist mit Stickerei	35 Pf.
Kinder-Lackgürtel 28 18	14 Pf.
Matrosenkragen bunt in allen Farben	40 Pf.
Kinder-Portemonnaies	9 Pf.
Kinder-Leibchen weiß u. grau gestrickt	32 Pf.
Kinder-Lavalliers aparte Muster 25 19	13 Pf.
Kinder-Matrosenhut m. Schleife garniert	58 Pf.
Kinder-Schärpen 75 48	38 Pf.
Mädchen-Hemden mit Spitze	48 Pf.
Kinder-Taschentücher mit Bildern 8	6 Pf.
Mädchen-Schürzen in dunklen und hellen Stoffen, sehr preiswert	58 Pf.

Für die Schule.

Schuldiarien mit starkem Deckel	6 Pf.
Schuldiarien mit Glanzdeckel 32 22	15 Pf.
Aufgabehefte	4 Pf.
Oktavhefte 7	4 Pf.
Schiefertafeln 22 17	8 Pf.
Schiefertafeln poliert	42 Pf.
Schulfederhalter 7 4	1 Pf.
Schulbleistifte Dutzend 30	20 Pf.
Tuschkasten für die Schule 48	23 Pf.
Löschblätter Mappe enthaltend 25 Stück	9 Pf.
Bücherträger 75 48	38 Pf.
Ordnungsmappen 45	20 Pf.
Reissbretter	98 Pf.
Tornister für Knaben und Mädchen 95 78	38 Pf.
Butterbrotpapier 100 Blatt	22 Pf.
Tafelmappen 48 28	10 Pf.
Kinder-Rucksack	42 Pf.
Kinder-Handtäschchen	38 Pf.

Schuhwaren.

	22/24	25/26	27/30	31/35
Russ.-Kinderstiefel	2.60	2.40	2.10	2.35
Boxl.-Kinderstiefel	2.45	2.85	3.95	4.85
Ziegenl.-Kinderstiefel	2.45	2.85	4.25	4.95

	22/24	25/26	27/30	31/35
Rindl.-Sandalen	2.35	2.60	2.90	3.20
Segelt.-Schnürschuhe durchnäht	1.28	1.48	1.58	1.68
Segelt.-Schnürstiefel mit Lackkappe	1.35	1.60	1.75	1.95

Sandkarren 98 45 **24** Pf.
Tennisschläger 45 28 **8** Pf.
Schaufeln 45 28 **8** Pf.

Bunte Kinderstrümpfe hell und dunkel von **27** Pf. an
Kinder-Söckchen hell und dunkel von **20** Pf. an

Reste für Kinderkleidchen Streifen u. Karos 1½ bis 4 Meter **95** Pf.

Diabolospiele Mk. 7.50 bis **9** Pf.
Eimer u. Giesskannen 28 18 **8** Pf.
Croquetspiele Mk. 10.50 bis **48** Pf.

Unsere grosse **Sommer-Ausstellung** in **Spielwaren** wird Mittwoch d. 22. April eröffnet!

Hamburger Engros-Lager **Leopold Nussbaum** G. m. b. H. Halle a. S., Gr. Ulrichstrasse 60/61.

Besichtigen Sie unsere Angebote **neuester Frühjahrs-Bedarfs-Artikel** auf den Extratischen aller Abteilungen.

Verlag und die Inserate verantwortlich: August Groß. — Druck der Halleschen Genossenschafts Buchdruckerei (G. G. m. b. H.) Halle a. S.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219080422-16/fragment/page=0004

Beilage zum Volksblatt.

Nr. 94. Halle a. S., Mittwoch den 22. April 1908. 19. Jahrg.

Urwähler zum Landtage

ist jeder Preuße, der 24 Jahre alt, im Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte ist, seit sechs Monaten in der Gemeinde, in der er wählt, wohnt und zur Zeit der Aufstellung der Wählerliste keine Armenunterstützung aus öffentlichen Mitteln empfängt.

Die Steuerfrage spielt dabei keine Rolle; also auch wer gar keine Steuern zahlt, ist als Urwähler in der dritten Klasse wahlberechtigt.

Auch Schlafburschen sind wahlberechtigt.

Man sehe die Wählerliste nach, wann sie offen gelegt wird. Die Offenlegung erfolgt nur auf drei Tage.

Halle und Saalkreis.

Halle a. S., 21. April.

Nette Ostertage

waren es, die uns in diesem Jahre beschert worden sind. In unzähligen Zeitungsartikeln, Osterbetrachtungen, Gedichten usw. konnte man von Auferstehungswonne, vom Frühlingserwachen, von klarer Lenzessonne, von Veilchenduft und Vogelsang lesen, und in Wirklichkeit war es kalt, naß, unfreundlich, und statt der Sonnenstrahlen senkten sich Schneeflocken ohne Zahl zur Erde nieder. Es war mehr Weihnachts- als Osterwetter. Und aus den Gebirgsgegenden wird gemeldet, daß überall die schönsten Winterlandschaften zu sehen sind. Der Osterspaziergang war in diesem Jahre ein recht wässriges Vergnügen, und die weißen Strohhüte und lichten Blusen der stark optimistisch veranlagten Frauen und Mädchen nahmen sich aus wie eine Ironie auf die papierne Oster- und Lenzesfreude. Daß angesichts solcher Ungunst der Witterung keine rechte Osterfreude und Feststimmung aufkommen konnte, ist erklärlich. Hoffentlich macht der Mai wieder gut, was der April gesündigt hat. Möge der Arbeiterschaft, die durch die diesjährigen weißen Ostern um ihre Lenzfreude in der wiedererwachenden Natur gekommen ist,

am 1. Mai

ein rechtes, echtes Frühlingsfest nach innen wie nach außen beschieden sein. Möge an diesem Tage mit all den Unbilden der Witterung auch aller Kleinmut, alle ängstlichen Bedenken, alle Hoffnungslosigkeit geschwunden sein. Möge jeder dafür sorgen, daß den trüben, verregneten, verschneiten, mißmutigen Ostern ein frohes, sonniges und hoffnungsvolles Maifest folge.

Der klagende Suchsland.

Vor Ostern stand wieder einmal Termin an in der Sache des Rechtsanwalts Suchsland, der im Zivilverfahren von unserem Kollegen Thiele, Däumig und Molkenbuhr vor dem Amtsgericht Schadenersatz auf Grund früherer Beleidigungsprozesse verlangt. Bei der Wichtigkeit, die der Prozeß nicht bloß für die Presse sondern auch für die allgemeinen Rechtsverhältnisse hat, sei die Vorgeschichte noch einmal kurz mitgeteilt. Als früherer Bürgermeister von Luckenwalde führte Suchsland mehrere Prozesse gegen unser dortiges Parteiblatt, die Brandenburger Zeitung. Nach einem Prozesse schickte er eine Kostenrechnung, die nach einer gerichtlichen Nachprüfung ganz bedeutend ermäßigt werden mußte. Die Brandenburger Zeitung veröffentlichte den für Suchsland nicht angenehmen Fall, und das Hallesche Volksblatt druckte die Notiz unter Quellenangabe mit Hinzufügung einiger Glossen Ende Juli 1906 ab. Als dann Suchsland auf Grund des Preßgesetzes dem Volksblatte eine Berichtigung zusandte, die nicht entfernt den Anforderungen des Preßgesetzes entsprach, folgte eine zweite Notiz im Volksblatte unter der Ueberschrift „Der irrende Rechtsanwalt". Wegen beider Notizen strengte Suchsland Beleidigungsklage an. Da die Staatsanwaltschaft seinen Antrag auf Erhebung der Offizialklage abgelehnt hatte, ging er auf dem Wege der Privatklage vor. Er verklagte jedoch nicht den verantwortlichen Redakteur, Kollegen Molkenbuhr, sondern den nach keiner Richtung hin verantwortlichen Kollegen Thiele. Er erklärte sogar in einer Verhandlung, absichtlich nicht gegen Molkenbuhr vorzugehen, um nachweisen zu können, daß Thiele der Verfasser jener Notizen sei. Thiele stellte sich auf den Standpunkt, daß die Klage nach dem Preßgesetz unzulässig sei, und machte als Beklagter von seinem gesetzlichen Rechte Gebrauch, sich auszuschweigen. Nicht er, der Beklagte, sondern der Privatkläger Suchsland sei beweispflichtig. Obwohl Suchsland die Kollegen Däumig, Fröhlich, Molkenbuhr, unsern Berichterstatter, Genossen Ebeling, den Druckereifaktor und sogar den Geschäftsführer der Expedition vernehmen ließ, fiel er mit seiner Klage hinein, da seine Beweispflicht nicht genügt hatte. Seine Berufung wurde von dem Landgericht verworfen und Revision gegen das zweite Urteil hatte er nicht eingelegt.

Suchsland, der die ganze Rechnung seiner verkehrten Prozessiererei bezahlen muß, behauptet nun, er wäre durch unsere Kollegen in einer gegen die guten Sitten verstoßenden Weise geschädigt worden und er beruft sich auf die Paragraphen 823 und 826 des Bürgerlichen Gesetzbuches. Es ist aber einfach unrichtig, daß der damalige Privatkläger durch unsere Kollegen geschädigt worden ist. Jenen Schaden hat Suchsland sich selbst und zwar absichtlich zugefügt. Fühlte er sich durch jene Notizen beleidigt und geschädigt, so gab ihm das Preßgesetz den Weg an, sich schadlos zu halten, sofern nach der Entscheidung des Gerichtes eine Beleidigung oder Schädigung vorlag; er brauchte nur den verantwortlichen Redakteur zu verklagen. Diesen von dem Gesetz vorgeschriebenen Weg hat Suchsland jedoch nicht beschritten und nur dadurch hat er sich selbst Schaden zugefügt. Thiele als damaliger Beklagter hat in seinem Beleidigungsprozeß lediglich von seinem gesetzlichen Rechte Gebrauch gemacht, sich auszuschweigen, um Suchsland den Beweis für seine Behauptungen führen lassen zu können. Die Wahrnehmung eines gesetzlichen Rechtes, so behauptete Thiele, könne allerwege nicht als widerrechtliche, oder gegen die guten Sitten verstoßende Schädigung des Prozeßgegners im Sinne der Paragraphen 823 und 826 des B.-G.-B. ausgelegt werden. Uebrigens hat Suchsland durch Verabsäumung der Revision den Instanzenweg nicht voll erschöpft, also nicht alle gesetzlichen Möglichkeiten ergriffen, zu seinem vermeintlichen Rechte zu gelangen. Schließlich erscheint es auch bedenklich, ob Suchsland berechtigt war, sich selbst als Anwalt zu nehmen und in dieser Eigenschaft hohe Prozeßgebühren zu berechnen.

In der letzten Verhandlung tauchte zunächst die Meinung auf, da der Kläger nicht erschienen war, er habe weder Neigung, den Prozeß zu beschleunigen, noch zu Ende zu führen. Kläger hatte es auch unterlassen, Schriftsätze einzureichen und hatte Termine versäumt. Der Richter hatte keinen Tatbestand zum Handeln. Suchsland erschien erst auf telephonischen Anruf und meinte, es sei wohl ein formales Recht, als Beklagter sich auszuschweigen, moralisch sei es aber, auszusagen und die Wahrheit zu sagen. Der Beklagte Thiele habe damals ein unwahres Urteil erstritten. Die Verteidiger unserer Kollegen, Rechtsanwälte Herzfeld und Dittenberger, vertreten den Standpunkt, der von Suchsland angestrengte Prozeß sei durchaus unzulässig; nicht die Handlung der Redakteure sondern die Zuschiebung der Eide verstoße gegen die guten Sitten. Von einem Beklagten oder Angeklagten, der von seinem Rechte der Aussagenverweigerung Gebrauch gemacht habe, eine eidliche Aussage zu fordern, erscheine wie Nötigung und Gewissenszwang. Bleibe der Kläger auf seinem Standpunkt stehen, dann müsse man ihm den Eid darüber zuschieben, auszusagen, ob er den Zivilprozeß nur eingeleitet habe, um Material zu einem Wiederaufnahmeverfahren in seinem Beleidigungsprozeß zu erhalten. Kläger sollte dann auch beschwören, ob er den Prozeß nicht bloß um des Geldes willen sondern um andere Zwecke zu erzielen, eingeleitet habe. Suchsland entgegnete, die Zurückschiebung des Eides sei nicht zulässig; erklären könne er allerdings, daß er durch den Prozeß nicht bloß „sein Geld" zurückverlange sondern die Beklagten auch „blamieren" wolle. — Wenn Herr Suchsland nun noch nicht begriffen hat, welche Lorbeeren er sich durch seine Prozessiererei holt, so haben wir Mitleid mit ihm und gönnen ihm die Freude an „unsern Blamagen". Im übrigen wurde der Prozeß behufs Anfertigung weiterer Schriftsätze vertagt.

Ortskrankenkasse der Tischler, Drechsler, Glaser usw.

Aus dem Kassenberichte für das Jahr 1907, der in der letzten Generalversammlung gegeben wurde, ergab sich eine Einnahme von 26 616,72 Mk und eine Ausgabe von 26 097,34 Mk. Unter den Einnahmen befanden sich außer Kassenbestand, Zinsen und sonstige Einnahmen, 19 282,19 Mk. an Beiträgen. Unter der Ausgabe sei hervorgehoben: Aerztliche Behandlung 8857,00 Mk., Arzenei, Brillen, Bruchbänder 1820,66 Mk., an Krankenanstalten 1732,05 Mk., Verwaltung 969,68 Mk., Krankengeld 15 276,20 Mk. und Sterbegeld 279 Mk. Das Vermögen der Kasse beträgt 11 325,78 Mk. Erkrankungsfälle waren 448 mit 7735 Krankheitstagen für männliche und 323 Krankheitstage für weibliche Mitglieder. Sterbefälle waren 20 zu verzeichnen, darunter 19 von Frauen und Kindern. Die Mitgliederzahl betrug 836.

* **Einen Selbstmordversuch** machte am 1. Ostertage früh 6 Uhr ein junger auf dem Bauhof wohnender Tapezierer, indem er sich in den Mund schoß und Schwefelsäure trank. Er wurde in hoffnungslosem Zustande ins Krankenhaus gebracht. Als Motiv zur Verzweiflungstat wird Liebeskummer angegeben.

* **Eine Roheit.** Unter dieser Spitzmarke brachten wir in Nummer 96 eine Notiz, nach der der Buchbinder Schulze von dem Schlosser Gallrein mit einem stumpfen Instrumente schwer im Gesicht verletzt sein soll. Dem gegenüber bestreitet Gallrein ganz entschieden, mit einem Instrumente geschlagen zu haben. Er habe Schulze mit der Hand gezüchtigt, weil dieser Gallreins Frau vorher geschlagen habe.

* **Aus dem Bureau des Stadt-Theaters.** Monna Vanna ist dasjenige Werk des belgischen Dichters Maurice Maeterlinck, welches es zu einem dauernden Erfolg auf der deutschen Bühne gebracht hat. Die Titelrolle stellt außerordentliche Ansprüche an ihre Darstellerin und ist besonders geeignet, einer Benefiziantin Gelegenheit zu geben, ihre schauspielerischen Vorzüge ins beste Licht zu setzen. Frl. Kornow, unsere erste Heldin und Liebhaberin, hat für ihren am Mittwoch angesetzten Ehrenabend diese Rolle gewählt und es wird gewiß interessieren, die Künstlerin in einer für Halle neuen Rolle zu sehen. — Herr Walter Spomer beschließt seine diesjährigen Gastspiele am Donnerstag als Sebastiano in Eugen d'Alberts Musikdrama Tiefland. Für Sonnabend ist das Benefiz unseres jugendlichen Opern- und Operetten Tenors Herrn Alfred Landory angesetzt. Vorbestellungen an der Kasse des Stadt-Theaters. — Das Abonnement auf die zyklische Aufführung des gesamten Nibelungenrings wird in den nächsten Tagen geschlossen. Bekanntlich gastieren vier berühmte Künstler, Kammersänger Dr. Otto Briesemeister, Berlin, Kammersänger Karl Perron, Dresden, Hofopernsänger Hans Breuer, Wien und Hofopernsängerin Thila Plaichinger, Berlin, sämtlich Stützen der Baireuther und Münchener Festspiele. Es sei nochmals darauf hingewiesen, daß die Ring-Aufführung bei aufgehobenem und die Einzelvorstellungen bei erhöhten Gastspielpreisen stattfinden. Der Komponist der Oper Gouverneur und Müller, Herr Kapellmeister Alfred Ernst hat sein Werk ohne jede Begründung zurückgezogen; eine weitere Aufführung der Oper findet daher nicht statt.

* **Aus dem Bureau des Apollo-Theaters.** Die Burleske Nachts nach Zwölfe bleibt nur noch heute und morgen auf dem Repertoir.

* **Walhalla-Theater.** Im laufenden Spielplan sind einige Aenderungen eingetreten, anstelle der drei goldenen Jungfrauen ist die Venus Bianca (die weiße Dame) eingerückt. Die herrlichen klassischen Darstellungen dieser Dame üben einen ganz besonderen Reiz aus. Wenn sich die Dame in ihrem Schlußbilde nicht verneigte, könnte man annehmen, daß es sich hier um Bildhauerkunst handle. Neu sind ferner The 2 Jolly Bostons (amerikanischer Neger-Exzentrik-Akt), welche heimatliche Nationaltänze aufführen, Frl. Trudy Schadow (Soubrette) und der Preisringer Albert Sturm. Derselbe besiegte am Sonnabend den Franzosen Petit Jean in 8 Minuten und focht einen Revanche-Ringkampf mit dem Berliner Meisterschaftsringer Hintze aus. Nach harter Gegenwehr gelang es Sturm, seinen Gegner in 12 Minuten zu überwinden. Sturm ist eine sehr muskulöse und kernige Natur und besitzt eine ungeheure Gewandtheit. Der Bitograph bringt Bilder vom internationalen Ringkampf, die sehr gut zu erkennen waren. Die Herren Girardet und Reeck bringen einige neue Sachen zum Vortrag und mußten sich wiederholt zu Zugaben bequemen. Zu erwähnen sind noch die herrlichen plastischen Darstellungen lebender Kunstwerke des Herrn Henry de Vry. Die Irmings in ihrem Walzerfieber setzen immer noch das ganze Haus in Heiterkeit. inf.

Am Ostersonntag siegte Sturm über Jensen-Dänemark nach 3 Minuten; seinen zweiten Gegner, Raczak-Polen, besiegte Sturm nach 7 Minuten. Am zweiten Feiertag wurde der Amateur Wilh. Hebner aus Halle in 2 Minuten besiegt. Vitrat de Belge dagegen machte Sturm mehr zu schaffen. Er wurde von Sturm erst nach 15 Minuten geworfen. Dienstag abend ringen Herr Wilhelm Rosenthal, Weinküfer aus Halle, als Amateur um die Minutenprämie und Albert Lambed um die 1000 Mk.-Prämie.

* **Die Radrennen um den großen Osterpreis**, die am ersten Feiertage auf der Halleschen Rennbahn an der Merseburgerstraße abgehalten werden sollten, mußten des schlechten Wetters wegen verschoben werden und finden nun am kommenden Sonntag mit derselben Besetzung statt. Der Beginn erfolgt nachmittags 3½ Uhr. Die gelösten Billetts behalten ihre Gültigkeit. Weitere Eintrittskarten sind in den bekannten Vorverkaufsstellen und am Sportplatzeingange erhältlich. Die beteiligten Fahrer sowie hiesige Steher und zahlreiche Flieger trainieren jetzt täglich in den Abendstunden.

Nietleben, 21. April. (E. B.) Ausgeschieden aus dem Arbeiter-Radfahrerbunde ist der hiesige Radfahrer-Verein Frisch auf. Trotzdem wir uns schon einmal an dieser Stelle mit dem unsolidarischen Verhalten der diesem Verein angehörenden gewerkschaftlich organisierten Arbeiter befaßten und trotzdem sich schon einmal fast die Hälfte der Mitglieder dafür entschieden hatte, das Lokal des Gastwirtes Albin May zu meiden, trotzdem hielt genannter Verein am ersten Ostertage in Mays Lokal ein Vergnügen, bestehend aus Konzert, Reigenfahren und Ball, ab. Wenn gewerkschaftlich organisierte Arbeiter nicht soviel Disziplin besitzen, trotz wiederholter Mahnung ein boykottiertes Lokal zu meiden, dann tun sie schon besser, sie scheiden freiwillig aus ihrer Gewerkschaft aus. Was hilft es den Arbeitern, wenn derartige „Auchgenossen" bei vorkommenden Wahlen für den Arbeiterkandidaten stimmen, sonst aber den Arbeitern in ihrem Massenkampf hindernd in den Weg treten? Sie schädigen dadurch sich und die Arbeiterbewegung noch mehr. Früher oder später werden auch sie als Handlanger der Reaktion von ihren Ausbeutern abgeschüttelt, und zwar dann, wenn sie den Ansprüchen, die ihre Ausbeuter an sie stellen, nicht mehr genügen können.

Nietleben, 20. April. (Eig. Ber.) Höchst fatal war es für Herrn Gastwirt Albin May und seine Hintermänner, als am Karfreitag nachmittag unsere Rekruten beschlossen, ihren Rekrutenball im Männickeschen Lokale abzuhalten. Grundsätzlich stehen wir als Parteigenossen auf dem Standpunkte, daß derartige Vergnügen überhaupt nicht abzuhalten sind. Aber leider ist ein Teil unserer Rekruten noch nicht zur Erkenntnis ihrer Klassenlage gelangt. Am Dienstag voriger Woche wurde in der ortsüblichen Weise durch Ausklingeln bekannt gemacht, daß am Karfreitag nachmittag in Schmidts Restaurant eine Rekrutenversammlung stattfinde, in der Beschluß gefaßt werden sollte, ob und bei wem der diesjährige Rekrutenball stattfinden sollte. An der Versammlung nahmen 24 Personen teil, ein knappes Drittel unserer Rekruten. 21 stimmten für Männickes Lokal und drei für Herrn May. Als Herr May von dem Beschluß in Kenntnis gesetzt wurde, gab es lange Gesichter. In recht unvorsichtiger Weise machte Frau May die Mitteilung, daß sie eine Mark für das Ausklingeln der Rekrutenversammlung bezahlt habe. Frau May war der Meinung, die Rekruten sollten ihr (weil der Ball nun bei Männickes abgehalten wird) die Mark zurückzahlen. In lakonischer Weise wurde aber diese Forderung abgelehnt, mit dem Bemerken, sie sollte sich die Mark von dem geben lassen, der ihr den Auftrag gegeben habe, die Versammlung ausklingeln zu lassen. Auch der Töpfer Louis Rader, ein strammer Bürger und Militärvereinler, war verblüfft, er machte den jungen Leuten die Mitteilung, daß es unter diesen Umständen überhaupt keinen Rekrutenball geben würde. Welche Motive Herrn Rader veranlaßten, eine derartige Behauptung aufzustellen, soll sein Geheimnis bleiben. Die Rekruten aber halten ihren Ball ab auch ohne die Musik des Herrn Louis Rader, und auch ohne Mays Lokal. Die Unterstützung aber, die sich die frischgebackenen Bürgervereinler, der Musiker Louis Rader und der Gastwirt May auf Kosten der Arbeiter wollten zuteil werden lassen, ist wieder einmal vorbei gelungen. Und das ist ärgerlich, höchst ärgerlich!

Löbejün, 18. April. (E. B.) Die Besitzer der hiesigen Steinbrüche verboten den darin beschäftigten Arbeitern, fernerhin noch Bier in Fässern und Branntwein in Literflaschen einzuführen und in den Pausen oder während der Arbeit zu trinken; jede Uebertretung dieser Bestimmung soll mit einem halben ortsüblichen Tagelohn bestraft werden. Viele Arbeiter haben sich aber leider so sehr an den Alkohol gewöhnt, daß es ihnen wirklich schwer fällt, davon zu lassen, es mußte deshalb eine ganze Anzahl Strafe zahlen. Ein einzelner jedoch beantragte gerichtliche Entscheidung und erzielte damit, daß der Unternehmer ihm das abgezogene Geld zurückgeben und die entstandenen Kosten bezahlen mußte. In der Arbeitsordnung, die allerdings schon sehr veraltet ist (seit 1892) und jedenfalls dem jetzigen Stande der Gesetzgebung nur noch wenig entspricht, ist bestimmt, daß bei Festsetzung von Strafen ein vom Arbeitgeber gewählter Arbeiterausschuß mitwirken muß, dieses war aber nicht geschehen, deshalb wurde die Strafe aufgehoben. Wer aber weiß, wie in der hiesigen Steinindustrie der Alkoholmißbrauch überhand genommen, welche schädlichen Folgen er schon oftmals gezeitigt hat, wie viele Familien darunter leiden müssen und wie die Kultur und der Fortschritt in geistiger und körperlicher Hinsicht, sowie die politische, gewerkschaftliche und genossenschaftliche Organisation am hiesigen Orte darunter zu leiden hat, der wird gegen das Vorgehen der Unternehmer wohl nichts einwenden können. Daß hat auch dieses Vorgehen jedenfalls noch andere Beweggründe, wenigstens sind verschiedene Arbeiter dieser Meinung. In einigen Brüchen sind seitens der Besitzer nämlich Kantinen eingerichtet und verpachtet. Diese Pächter beziehen das Bier in Fässern und füllen es auf Flaschen. Dieses Flaschenbier kann nun von den Arbeitern soviel und so oft getrunken werden, wie sie wollen und Lust haben. Nun ist es doch aber ganz gleich, ob sich der Arbeiter in Flaschenbier oder Faßbier einen Rausch antrinkt, der Unterschied hierbei ist nur der, daß der Spaß etwas teurer wird, und der Kantinenwirt und der Unternehmer den Vorteil haben. Daß das zum Reinigen der Flaschen benutzte Wasser meistens von minderwertiger Beschaffenheit ist, wie groß die Flaschen sind und wo dieselben herkommen, soll hier nicht weiter erörtert werden, daß sich aber die Arbeiter so etwas bieten lassen, muß unter allen Umständen verurteilt werden. Auch nach der veralteten Arbeitsordnung ist es ja verboten, während der Arbeitszeit, Trinkgelage abzuhalten, dann hat aber auch der Unternehmer kein Recht, den Arbeiter durch Feilbieten von Flaschenbier usw. sich noch eine Nebeneinnahme zu verschaffen und die Arbeiter zum Trinken zu verleiten. In den, in jedem Betriebe ausgehängten Bestimmungen, ist der Unternehmer verpflichtet, für frisches Wasser oder andere Getränke, wie Kaffee, Tee, Braunbier usw. zu sorgen, davon hat man aber bis jetzt noch wenig oder gar nichts verspürt. Seitens der Unfallversicherung werden die vielen, hier vorgekommenen Unfälle vielfach mit dem übermäßigen Alkoholgenuß in Verbindung gebracht und manchmal leider mit Recht, aber gerade deswegen sollte auch kein Mittel unversucht bleiben um diesen

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219080422-16/fragment/page=0005

Uebelstande entgegen zu arbeiten. Aber auch die Arbeiterschaft müßte soviel Mut und Energie besitzen, diesen verhängnisvollen Krebsschaden mit der Zeit auszumerzen. Denn der Alkoholmißbrauch ist eins der größten Hindernisse unserer Arbeiterbewegung, darum fort mit ihm!

Könnern, 21. April. (E. B.) Am zweiten Feiertag nachmittag brach auf den Bodenräumen des der Witwe Hennicke gehörigen Wohnhauses Feuer aus. Das Nebenhaus wurde mit erfaßt, das Dach desselben brannte vollständig nieder. Die Feuerwehr war bald zur Stelle.

Aus den Nachbarkreisen.

Zur Landtagswahl.

Die Urwählerlisten liegen im Kreise Naumburg am 30. April, 1. und 2. Mai aus. Die Zeit und Dauer der Auslegung sowie das Lokal wird überall in ortsüblicher Weise bekannt gegeben. Unsere Genossen mögen also acht geben.

Zeitz, 20. April. Schulbeginn. Die Kinder, die jetzt zur Schule kommen, sind denselben wie folgt zuzuführen: I. der höheren Mädchenschule (Zimmer 1) Donnerstag, den 23. April, für Klasse I—VI vormittags 8 Uhr, für Klasse VII und VIII vormittags 9 Uhr, für Klasse IX vorm. 10 Uhr. II. der Mittelschule (Turnhalle) Donnerstag, den 23. April, die Knaben vorm. 9 Uhr, die Mädchen vormittags 9½ Uhr. III. der Knaben-Volksschule (Aula) Montag, den 27. April, für Klasse VII A, B, C vormittags 9 Uhr, für Klasse VII D, E, F vormittags 10 Uhr. IV. der Mädchen-Volksschule (Aula) Montag, den 27. April, für Klasse VII a, b, c, d vorm. 9 Uhr, für Klasse VII e, f, g vormittags 10 Uhr. V. der katholischen Volksschule Montag, den 27. April, vormittags 10 Uhr in der Unterklasse. Die Aufnahmescheine sind mitzubringen.

— Fortbildungsschulen. Die Anmeldung der Handelsangestellten zur kaufmännischen Fortbildungsschule findet am 24. April, vorm. von 11—1 Uhr, im Zimmer 2 der kaufmännischen Fortbildungsschule (Mädchen-Volksschule) statt. Abgangszeugnis der zuletzt besuchten Schule ist vorzulegen. — Zur gewerblichen Fortbildungsschule haben die Anmeldungen am 23., 24. und 25. April, vorm. von 10—12 Uhr, in Zimmer 5 der Knaben-Volksschule zu erfolgen. Schulzeugnisse und Konfirmationsschein sind vorzulegen.

Zeitz, 20. April. Gewerbegerichtssitzung vom 15. April. Vorsitzender: Stadtrat Dr. Dreißluft. Beisitzer: Prokurist Alfred Geulich und Maurer Otto Herrmann. Die Arbeiterin Boppe klagte gegen die Firma Adolf Kummer auf 15,17 Mk. Lohn für 14 Tage wegen kündigungsloser Entlassung. Die Parteien schließen einen Vergleich dahin, Klägerin tritt noch 14 Tage in Arbeit und zieht die Klage zurück. — Die Arbeiterin Wahrlich klagte gegen die Firma Degelow & Co. (Inhaber Häffelbarth) wegen 1,50 Mk. zustehender Strafgelder, die alljährlich verteilt werden. Klägerin hatte den Betrag vor dem Termine erhalten und war die Sache dadurch erledigt. — Der Maschinenarbeiter Pfeifer klagte gegen die Firma Wunsch u. Bretsch auf 14 Tage Lohn im Betrage von 33 Mark wegen kündigungsloser Entlassung. Die Zeugenaussagen des Schmiedemeisters Wolf und des Lageristen Marx lauten dahin, daß Kläger mit sofortiger Entlassung einverstanden gewesen ist, und wurde er deshalb mit seiner Forderung abgewiesen. — Der Tischlerlehrling Heine, vertreten durch seinen Vater, klagte gegen die Firma Schellenberg auf ein ordnungsmäßiges Arbeitsbuch und Lösung des Lehrverhältnisses, um seine Lehrzeit anderweit zu beenden. Kläger erhält die Forderung zugesprochen.

Zeitz, 20. April. Achtung Maler! Die seit fast einem Jahre bestehenden Differenzen mit der Firma B. Krämer sind zu beiderseitiger Zufriedenheit beigelegt.

Zeitz, 20. April. Zur Lokalliste. Bedauerlicherweise ist in der veröffentlichten Lokalliste die Bürgererholung vergessen worden. Unsere Genossen und Genossinnen haben aber wohl gewußt, daß hier nur ein Irrtum vorliegen konnte.

Naumburg, 20. April. (E. B.) Zur Maifeier. Eine kombinierte Sitzung hat die Veranstaltungen zur Maifeier wie folgt festgesetzt: Früh 8½ Uhr Spaziergang in die nähere Umgebung der Stadt. Nachmittags 1½ Uhr allgemeiner Ausflug. Abends von 6 Uhr ab Vokal- und Instrumentalkonzert und Festrede. Später ein Tänzchen. Festlokal und Treffpunkt zu allen Veranstaltungen im Schwarzen Adler. Das Arrangement ist so getroffen, daß jeder Arbeiter die Maifeier begehen kann. Es wird erwartet, daß sich viele Arbeiter, deren Frauen und Angehörige beteiligen. Muß der Mann am 1. Mai fronen, dann veranlasse er seine Frau und Angehörige zur Teilnahme an den Tagesveranstaltungen. Wer vormittags arbeiten muß, mache sich wenigstens am Nachmittag frei und beteilige sich an dem Ausfluge. Und abends darf kein organisierter Arbeiter oder deren erwachsene Familienmitglieder fehlen.

Naumburg, 20. April. Landtagswahl. Am 30. April, 1. und 2. Mai liegen die Wählerlisten zu den Urwahlen im Rathause, Zimmer Nr. 18, aus. Wer wahlberechtigt ist, soll sich durch Einsichtnahme der Listen sein Wahlrecht sichern. Arbeiter, welche dieses nicht selbst tun wollen oder nicht können, mögen ihre Adresse sofort beim Genossen Burgau, Kanalstraße 16, oder sonst bei einem in der Arbeiterbewegung tätigen Genossen abgeben.

Wildschütz, 20. April. An die Volksblattleser. Immer noch werden Beschwerden über die Zustellung des Blattes an falschen Stellen angebracht. Es sei nochmals darauf hingewiesen, daß Beschwerden nur an die Zeitungskommission zu richten sind. Diese besteht aus den Genossen Otto Kümmler-Wildschütz, Franz Geyer-Reundorf und Gustav Jauch-Deuben.

Herzberg a. E., 20. April (E. B.) Unzufriedene Hausbesitzer. In der jüngst hier stattgefundenen Sitzung des Kreistages wurde u. a. auch beschlossen, den Zinsfuß der Kreissparkasse zu erhöhen. Hierdurch sind nun unsere Hausbesitzer nicht gerade sonderlich erbaut. Hat doch fast ein jeder von ihnen von der Sparkasse ein Hypothekchen auf sein Grundstück. Auch solche Hausbesitzer, die es vielleicht gar nicht nötig hätten. Doch es ist nun einmal so, bei der Steuerveranlagung will niemand wohlhabend sein. Nun haben es sich viele unserer Hausbesitzer aber recht leicht gemacht. Sie haben einfach auch die Miete in die Höhe geschraubt und zum Teil sich überreichlich entschädigt. Einige rühmliche Ausnahmen machen verschiedene dem Arbeiterstande angehörende Hausbesitzer. Man sieht also wieder, wie jeder bestrebt ist, die Lasten immer auf seine Nebenmenschen abzuwälzen. Immer aber ist es der Arbeiter, der gedrückt wird. Wohnungsmangel und Mietssteigerung ist jetzt das Zeichen unserer Stadt. Wie lange wird diese Kalamität noch anhalten?

Belgern, 20. April. (E. B.) Arbeiterrisiko. Bei den Reparaturarbeiten am Volkshaus verunglückte der Maurer Brauer dadurch, daß er mit einer Bockleiter stürzte und den rechten Oberschenkel brach.

Delitzsch, 20. April. Erstickt. In Broda wurde in einem Stalle die 70jährige Witwe Geißler erstickt aufgefunden. Sie muß mit einer brennenden Laterne dem Stroh zu nahe gekommen sein.

Greppin, 20. April. (E. B.) Der stark beschäftigte Gemeindediener. Vor einiger Zeit hatte der hiesige Hausbesitzerverein eine Versammlung einberufen, in welcher ein Berliner Ingenieur über Lichtwesen sprach. Es handelt sich um die eventuelle Anlegung einer Gasanstalt für Wolfen und Greppin. Die Gemeindevertretung hat noch keinen bezüglichen Beschluß gefaßt. Jetzt läuft nun der Gemeindediener mit dem Angestellten einer Firma im Orte herum und sammelt Unterschriften für das Unternehmen. Der Gemeindediener scheint jetzt mehr Zeit zu haben als früher. Da war er mit Arbeit so überlastet, daß eine Eingabe an den Amtsvorsteher gemacht wurde, um den Gemeindediener von seinen Pflichten als Amtsdiener zu befreien. Oder steckt hinter der jetzigen Tätigkeit vielleicht irgend eine „treibende Persönlichkeit", die Interesse an der Errichtung einer Gasanstalt hat?

Greppin, 20. April. (E. B.) Konsumvereinsversammlung. Wie aus dem Inseratenteil der Sonntagsnummer ersichtlich ist, findet am 26. April die Halbjahrsversammlung des Konsumvereins statt. Der Verein hat sich bei unermüdlicher Arbeit der Verwaltung verhältnismäßig gut entwickelt. Noch vor 18 Monaten zählte der Verein 82 Mitglieder, jetzt hat er die doppelte Zahl weit überschritten. Da auch die Klagesache des früheren Lagerhalters völlig zugunsten des Vereins ausgefallen ist, wird er auch weiter emporblühen. Da wichtige Sachen und Anträge zur Tagesordnung der nächsten Versammlung stehen, ist es Pflicht eines jeden, dem das Wohl und Wehe des Vereins am Herzen liegt, in der Versammlung zu erscheinen und immer neue Mitglieder anzuwerben.

Mühlberg, 20. April. (E. B.) Der Arbeiterverein hält am Sonnabend seine Mitgliederversammlung im Preußischen Hofe ab. Es soll u. a. die bevorstehende Landtagswahl behandelt werden. Alle Genossen müssen also erscheinen.

— Die Maurer hatten im Dezember v. Js. den Unternehmern eine Lohnforderung von 32 auf 37 Pf. Stundenlohn unterbreitet. Am 15. April fanden Verhandlungen statt, die jedoch ergebnislos blieben. Die Unternehmer lehnen eine Lohnerhöhung ab, weil in der Umgebung auch keine höheren Löhne gezahlt werden. Es soll nochmals versucht werden, eine Einigung herbeizuführen.

Erfurt, 20. April. Der Wert polizeilicher „Ermittelungen" erfuhr eine drastische Beleuchtung in einer Verhandlung vor dem Kriegsgericht. Ein zur Disposition entlassener früherer Musketier der Garnison Eisenach aus einem kleinen Orte bei Weimar, wurde, weil schon wegen Eigentumsvergehen vorbestraft, zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt, weil er im vorigen Sommer ein Paar fast neue Stiefeletten unterschlagen hatte, die ein Kamerad ihm zum Aufbewahren übergeben hatte. Die angeblich unterschlagenen und dann beschlagnahmten Stiefel lagen auf dem Zeugentisch in einem Zustande, der an sich schon zum Lachen reizte, denn von den Sohlen waren nur noch dürftige Fragmente vorhanden, und auch das Oberleder war stark mitgenommen. Dem Angeklagten wurden vorgehalten, daß er die Stiefel gehörig abgenutzt habe, worauf derselbe erklärte, das wären gar nicht die gestohlenen Stiefel, sondern seine eigenen, die ihm auf der Polizei in Weimar einfach von den Füßen gezogen worden seien. Als er, der Angeklagte, die Polizei auf den Irrtum aufmerksam gemacht habe, sei ihm entgegnet worden: Das wäre egal! Verblüfft über diese Polizeiweisheit brachen selbst die gestrengen Richter in Uniform in fröhliches Lachen aus. Der als Zeuge vernommene Bestohlene sagte dann zum Ueberfluß noch mit aller Bestimmtheit aus, daß die vorliegenden Stiefel nicht die seinen wären.

Aus den Gemeinden.

Zeitz. Stadtverordnetensitzung vom 14. April. Anwesend 25 Stadtverordnete und drei Magistratsmitglieder.

1. Entlastungen. a) Pflasterung des Schlachthofweges. Die Kosten waren veranschlagt auf 7100 Mark, es sind aber 9224,22 Mark verausgabt worden durch Verbreiterung des Weges von 6,5 auf 7,5 Meter, es sind Granitbordsteine usw. gelegt worden. b) Verlegung des Gasrohrstranges in der Altenburgerstraße. In Anschlag waren gebracht 800 Mark, gebraucht wurden 846 Mark. c) Pflasterung der Weißenfelser Straße. Anschlag 42500 Mark, Kosten sind entstanden 40 534 Mark. Der laufende Meter für die Anlieger ist auf 71,36 Mark berechnet. d) Erneuerung des Geländers am Mühlgraben. In Anschlag waren 1400 Mark gebracht, verbraucht wurden 1228,77 Mark. Stadtv. Möhring bemerkt hierbei, daß die Arbeit im Winter gemacht sei, das könne des Frostes wegen nicht gut sein. Ihm wird erwidert, daß da nur Arbeiten gemacht seien, die durch Frost nicht geschädigt würden. e) Abrechnung der Armenkasserechnung für 1906/07, die in Einnahme und Ausgabe 59 048,41 M. erfordert habe. Sämtliche Rechnungen werden entlastet.

2. Die Herstellung der Regulierungsarbeiten auf dem Volkspark-Grundstück erfordert jährlich 1200 Mark im Durchschnitt. Die Kosten sind bereits bewilligt, es muß nur ein Titel geschaffen werden für die Ausgabe, die aus dem Ueberschuß von Sparkassenmitteln genommen werden. Es entsteht dabei eine Debatte, ob man aus Mitteln der Sparkasse zu verfügen könne, da Kursstürze usw. erwartet werden könnten. Dabei wird festgestellt, daß der dazu vorhandene Reservefonds über 8 Prozent betrage, während er gesetzlich nur 5 Prozent zu betragen brauche.

3. Heranziehung der Anlieger der Neumarktstraße zu den Straßenbaukosten nach § 9 des Kommunal-Abgaben-Gesetzes. Die Anlieger hatten gegen ihre Heranziehung zu den Kosten Klage angestrengt und es ist entschieden, daß formelle Bedenken vorlagen. Jetzt will die Stadt von neuem es auf einen Prozeß ankommen lassen. Die Anlieger sollten erst 8851 Mark zahlen, jetzt will davon die Stadt noch 1621 Mark tragen. In der Debatte bestreitet Stadtv. Richter die Berechtigung der Stadt zur Erhebung der Kosten, denn den Anliegern sei seinerzeit versprochen, daß sie befreit sein sollten, weil sie zur Herstellung jener Straße ihre Grundstücke hergaben. Es wurde erwidert, daß schon Billigkeitsgründe für Zahlung der Beiträge sprechen, da durch die Straße die Grundstücke bedeutend im Wert gewachsen sind. Schließlich wird die Vorlage einstimmig angenommen, Stadtv. Richter hatte während der Abstimmung den Saal verlassen.

4. Das Schulgeld für die Oberrealschule wird vom 1. Juli ab für einige Klassen um 20—40 Mark erhöht für Einheimische, für Auswärtige entsprechend höher. Es beträgt für erstere jetzt 100—140 Mark, für letztere 130—170 Mark. — Der Pächter von der Domäne Kloster Posa, dessen Bezirk dem Schulverband Zeitz einverleibt ist, muß für jedes Kind an Schulgeld 47,68 M. tragen. Das ist der Betrag, den jedes Kind der Stadt kostet. Der Vertrag läuft vorläufig fünf Jahre.

5. In der Zusammensetzung der Schuldeputation tritt insofern eine Aenderung ein, als auch aus der Bürgerschaft statt zwei, drei Mitglieder bestimmt werden.

6. Erweiterung des Elektrizitätswerkes und Aufnahme einer Anleihe aus Mitteln der Stadt-Sparkasse. Die Stadtverordnetenversammlung hat in ihrer Sitzung vom 17. Dezember vorigen Jahres die Erweiterung beschlossen, da die beiden jetzt vorhandenen Motore jeder genügend Licht und Kraft erzeuge, dagegen eine Aushilfe zur Reserve usw. fehlt. Es soll eine Dampfmaschine aufgestellt und die nötigen Baulichkeiten errichtet werden. Die Kosten belaufen sich auf 140 000 Mark. Es sind bestellt eine Dampfmaschine in Nürnberg für 520 Pferdekräfte im Minimum, die 52 000 Mark kostet. Eine Dynamomaschine kostet 37 451 Mk., der Dampfkessel (der bei der Firma Schumann in Zeitz bestellt ist) kostet 17 700 Mk., das Kesselhaus erfordert 18 500 Mk., Schornsteine 9 200 Mk., Fundament usw. 10 160 Mk. insgesamt 140 000 Mk. Die Stadtv. Dahle und Möhring fragen an, weshalb die Maschinen nicht in der heimischen Industrie hergestellt werden. Stadtrat Oettler legt die Gründe dar, die maßgebend waren, die Lieferungen nach auswärts zu vergeben, die Versammlung erkennt die Gründe an. Beschlossen wird, die 140 000 Mark durch Anleihe bei der Stadtsparkasse aufzunehmen, die mit 4 Proz. verzinst und mit 2½ Prozent amortisiert werden.

7. Erweiterungsbau der Mittelschule. Die Mittelschule genügt den Ansprüchen schon lange nicht mehr, es mußten schon seit Jahren in einem Privathause acht Zimmer als Klassenzimmer gemietet werden. Es ist jetzt der Plan aufgestellt, einen größeren Anbau am alten Schulgebäude auszuführen, und vis-a-vis dem jetzigen Gebäude das Gelände vom Maurermeister Wiedemann, das pro Quadratmeter 7 Mk. kostet, anzukaufen und darauf 3000 Quadratmeter als Spielplatz einzurichten; die ganzen Kosten betragen etwa 208 000 Mk. Die Diskussion über diesen Punkt ist eine sehr lebhafte, es tritt die Anschauung dabei hervor, eventl. ein vollständig für sich unabhängiges Schulgebäude zu bauen und eine Trennung von Knaben und Mädchen zu bewirken. Nach der Debatte wird im Prinzip dem Ankauf zugestimmt, über die weitere Gestaltung soll eine gemischte Kommission beraten in die auch Gen. Dahle gewählt wird. Bei diesem Punkt brachte Stadtv. Richter vor, daß die Entscheidung in solchen Sachen dem Stadtverordneten schwer falle, der sich nicht vorher eingehend über die Frage unterrichten konnte. Er wünscht da eine Aenderung einzuführen. Stadtv. Leopoldt erklärt, daß auch er und seine Freunde sich mit dieser Seite der Information befaßt haben und daß sie nach Schluß der Sitzung Vorschläge machen wollen, wie eine bessere Unterrichtung stattfinden könnte.

8. Legung eines Gasrohrstranges in der Humboldtstraße. Die Kosten betragen 900 Mk. 9. Herrichtung der Wege im Tiergarten, die etwa 800 Mk. kosten werden. 10. Pflasterung einer weiteren Teilstrecke des Rasberger Weges mit altem Material. Da Steine in genügender Anzahl vorhanden sind, wird die Pflasterung etwa 8000 Mk. betragen. 11. Vermietung von Räumen im neuen Rathausanbau an das Königliche Katasteramt. Es werden dazu drei Räume im dritten Stockwerk benötigt, für die 450 Mk. jährlich gezahlt werden. 12. Bewilligung eines Beitrages für die Sanitätskolonne vom Roten Kreuz. Bewilligt werden einmal 400 Mk. und jährlich 50 Mk. 13. Kenntnis genommen wird von dem Kassenrevisionsprotokoll vom 19. März 08. 14. Die bisherigen Taxatoren und deren Stellvertreter für die Abschätzung der im Mobilmachungsfalle auszugebenden Pferde werden wiedergewählt.

Es folgt nun die Beratung einiger Gegenstände außer der Tagesordnung. Einige Veteranen, die die letzten Kriege mitgemacht haben, wollen nur die Hälfte der Kommunalsteuer zahlen. Stadtv. Möricht erklärt einen solchen Steuererlaß für unzulässig, regt aber die Gründung eines Fonds an, aus dem solche Sachen bewilligt werden können. Die Angelegenheit wird dem Magistrat übergeben. Ferner wünschen die Anwohner der Weinbergstraße Kanalisation. Das Gesuch geht an den Magistrat. Verlesen wird das Erkenntnis des Bezirksausschusses in Sachen Gerhard und Genossen gegen den Beschluß der Stadtverordnetenversammlung wegen Nichtaufnahme in die Wählerliste. Da wir an anderer Stelle diese Sache eingehender behandeln wollen, können wir sie hier verlassen. Dann kommt ein Antrag des Stadtv. Richter zur Behandlung, daß alle Vorlagen mit den Erläuterungen und Angaben den Stadtverordneten acht Tage vor jeder Sitzung zugehen sollen. Stadtverordneter Richter hat von Halle solche Tagesordnung mit Begründung kommen lassen. Die Stadtv. Leopoldt und Wolf haben gleichfalls dasselbe Material kommen lassen und unterstützen den Antrag Richter. Leopoldt wünscht auch einen Auszug aus jedem Sitzungsprotokoll, damit jeder Stadtverordnete immer auf dem laufenden bleibt. Nach einer Aussprache wird die Angelegenheit der Rechtskommission übergeben.

Stadtv. Leopoldt regt dann an, daß der Magistrat dafür sorgen möge, daß bei der kommenden Landtagswahl nicht die Terminwahl sondern die Fristwahl eingerichtet wird und letztere zu einer Zeit, wo alle Wähler, und besonders die Arbeiter teilnehmen können.

Es findet dann nichtöffentliche Sitzung statt, in der dem Bürgermeister Frenzel 1000 Mk. und dem Stadtrat Dreßkluft 500 Mk. bewilligt werden für die Mehrarbeiten, die ihnen durch die Krankheit des Oberbürgermeisters erwachsen sind. Um ¾8 Uhr war Schluß der Sitzung.

Soziales.

— Die freien Hilfs- und Zuschußkassen behaupten trotz gesetzlicher Zwangsmittel ihren Stand und entwickeln sich trotz alledem weiter. Ein solches Beispiel bietet uns die Jahresabrechnung für 1907 der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Tischler (Sitz Hamburg). Seit Jahren wurde diese Kasse von der Behörde drangsaliert, den gesetzmäßig vorgeschriebenen Reservefonds zu schaffen. Der Hauptvorstand, die Generalversammlungen und vor allem die Mitglieder hatten viel Verdruß. Doch jetzt sind die Schwierigkeiten überwunden. Schon die Generalversammlung in Blankenburg 1906 hatte erkannt, daß die Zeit nahe heran sei und beschloß einen Sichtwechsel, wie es von Böswilligen genannt wurde. Das heißt, falls der Reservefonds bis zum Jahresschluß 1907 erreicht ist, zum 1. April 1908 eine zweite Erhöhung des Krankengeldes eintreten zu lassen und zwar auf das 24fache des Beitrages. Die Voraussetzungen sind eingetreten und die Erhöhung trat in Kraft.

Wie widersinnig das Verlangen eines gesetzlichen Reservefonds ist, geht daraus hervor, daß durch die günstigen Kassenverhältnisse das Krankengeld erhöht wurde, die Ausgaben demzufolge steigen. Das Fundament der Kasse wird nicht geschwächt, da die Ausgaben mit den Einnahmen im Verhältnis stehen. Da kommt aber die Behörde herbei und sagt, eure Ausgaben sind gewachsen, folglich muß auch euer Reservefonds erhöht werden und zwar auf die Höhe der Ausgaben, die die letzten fünf Jahre im Durchschnitt ergeben. Das Gesetz wurde geschaffen, um die Schwindelkassen zu treffen, aber die reellen Kassen wollte man und will man treffen.

Sieht man sich die erwähnte Abrechnung an, so wird ein jeder erkennen, daß man es hier mit einem Ausnahmegesetz zu tun hat.

Die Einnahme pro 1907 betrug 1 704 125,30 Mk., die Ausgabe 1 596 127,36 Mk. Ergibt eine Mehreinnahme von 107 997,94 Mk. Nach Zuführung dieses Ueberschusses beträgt der Reservefonds 2 002 056,16 Mk. Außer diesem ist noch ein Betriebsfonds von 165 383,67 Mk. vorhanden. Dem steht eine Mitgliederzahl von 63 346 gegenüber.

Aehnlich steht es mit der Sterbekasse, welche für die Frauen der Mitglieder eingerichtet ist.

Die Einnahmen pro 1907 betrugen 65 581,65 Mk., die Ausgaben 22 799,03 Mk., ergibt ein Mehr von 42 782,62 Mk. Das Vermögen beläuft sich auf 393 815,17 Mk. Dem steht eine Mitgliederzahl von 14 139 gegenüber.

Trotz der außerordentlich günstigen Kassenverhältnisse mußte vor drei Jahren der Vorstand resp. die Generalversammlung den Beitrag von 25 Pf. auf 30 Pf. pro Monat erhöhen.

Angesichts der jetzigen günstigen Vermögenslage wird wohl die Behörde nicht umhin können, den Antrag des Vorstandes, die Sterbegeldsätze zu erhöhen, zuzustimmen.

So wie es mit dieser Kasse steht, verhält es sich auch mit den übrigen freien Hilfs- und Zuschußkassen.

Die Mitglieder haben aber schwere Opfer bringen müssen,

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219080422-16/fragment/page=0006

um ihre Kassen vor den Fallgruben der Gesetzgebung zu schützen, und sie vor Schwerem, vor der Schließung zu bewahren.

Aufgabe der Mitglieder wird sein, sich politisch so zu betätigen, daß die schon wieder drohenden Gewitterwolken sich verziehen.

Parteinachrichten.

— **Nachklänge zum „roten Sonntag".** In Erfurt wurden am 12. Januar drei Versammlungen in verschiedenen Stadtteilen abgehalten. Zwei derselben wurden bald nach Eröffnung wieder geschlossen, weil die Referenten in letzter Stunde ihr Erscheinen abgesagt hatten. Darauf zogen die Versammelten nach dem Tivoli, wo die dritte und größte Versammlung abgehalten wurde. Zufällig trafen sich die Teilnehmer beider Versammlungen unterwegs auf dem Anger, der Hauptstraße, von wo sie gemeinsam den etwa eine Viertelstunde langen Weg in zwanglosem Spaziergange zurücklegten. Kurz vor dem Tivoli kam der etwa 600 Köpfe zählenden Menge ein starkes Polizeiaufgebot entgegen, dem der Anführer, Kommissar Gatz, fortwährend zurief: „Aufschreiben, Aufschreiben!" Die Polizisten befolgten eifrig diesen Befehl.

Lange Zeit hörte man nichts mehr von diesem Vorfall, bis auf einmal richterliche Vernehmungen folgten; es schien, als sei irgendeine große Aktion geplant. Doch das „Belastungsmaterial" muß doch wohl nicht ausgereicht haben, denn es blieb nur bei amtsgerichtlichen Strafbefehlen in Höhe von 10 und 15 Mark. Die damit Bedachten riefen richterliche Entscheidung an. Das Erfurter Schöffengericht verwarf in allen Fällen den Einspruch, es sah einen „polizeilich nicht erlaubten Aufzug" als erwiesen an.

Gewerkschaftliches.

Verbandstag der Steinarbeiter Deutschlands. In Kassel fand vom 6. bis 11. April der dritte Verbandstag der Steinarbeiter statt. Der Verband zählt zurzeit 19 175 Mitglieder in 337 Zahlstellen. 1906 wurden 85 Angriffsstreiks geführt, die 133 000 Mark kosteten, außerdem wurden 11 Abwehrstreiks und Sperren durchgeführt, deren Kosten sich auf 33 000 Mark belaufen. 1907 wurden 58 Lohnkämpfe geführt, die 160 000 Mark Kosten verursachten. Das Resultat der Lohnbewegungen war eine Gesamtarbeitszeitverkürzung pro Woche um 6710 Stunden, welche 1765 Kollegen zugute kam, Erhöhung der Stundenlöhne von 2 bis 10 Pf. sind zu verzeichnen; die Erhöhungen der Akkordtarifsätze bewegen sich zwischen 2 und 25 Prozent. Die Gesamteinnahme stieg von 304 575 Mark im Jahre 1907 auf 409 649 Mk. Die Gesamtausgabe betrug 571 228 Mark. Das Verbandsvermögen betrug am 1. April 1908 365 096 Mark. Unter der Ausgabe befinden sich 34 457 Mark für Agitation. Die Auflage des Verbandsorgans schwankte 1097 zwischen 23 000 und 24 000 Exemplaren.

Ueber Streiks und Tarifwesen referierte Staudinger. Für 18 519 Arbeiter, die auf 1444 Werkstätten beschäftigt sind, wurden Tarifverträge errungen. Die Gauleiter sollen in allen jenen Gegenden, wo noch keine Tarife bestehen, auf den Abschluß hinarbeiten und die Stundenlöhne festlegen. Zur Ueberwachung der Tarife fordert er die Bildung von Schiedsgerichten. Auch der Streiklausel widmet er einige Worte, indem er betont, daß die Granitarbeiter immer der Meinung sind, daß in ihrer Branche der Streik zu jeder Zeit passend sei, und doch trifft dies durchaus nicht zu, denn wenn die kommunalen Verwaltungen von der Streiklausel Gebrauch machen, so fallen sie ebenfalls hinein. Redner schließt mit den Worten: Nur starke Organisationen garantieren uns den Sieg!

An der Debatte über diesen Punkt beteiligten sich 37 Delegierte. Bei der Besprechung über Agitation wird mit 44 gegen 28 Stimmen beschlossen, einen weiteren Gauleiter für Bayern anzustellen. Ferner soll für die Pflastersteinbranche die Agitation intensiver betrieben werden als wie bisher. Weiter wird dem Vorstand anheimgegeben, in Anbetracht des Fehlens von agitatorischen Kräften befähigte, auch nicht angestellte Kollegen, in vermehrtem Maße zu dem gewerkschaftlichen Unterrichtskursus in Berlin zu entsenden. Den Kollegen in Oestreich soll eine einmalige Summe von 300 Mark als Agitationsbeihilfe gewährt werden. Die Einführung der Erwerbslosenunterstützung wurde abgelehnt. Mindererwerbsfähige Kollegen erhalten im Krankheitsfalle, unbekümmert ihrer mehrjährigen Beitragsleistung, nur immer den ersten Satz (27 Mark) der Unterstützung. Ferner wird der Vorstand beauftragt, monatliche Statistikenkarten auszugeben, auf deren Grundlage der Generalversammlung 1910 eine Vorlage über die Erwerbslosenunterstützung zu unterbreiten ist. Ueber die Regelung der Gehalte entspinnt sich eine lebhafte Debatte, in der Knoll und Staudinger energisch für Beibehaltung des Wohnungszuschusses der Gauleiter eintreten. Das Grundgehalt soll 1900 Mark betragen und jährlich um 50 Mark steigen bis zum Höchstgehalt von 2200 Mark, ebenfalls soll der Wohnungszuschuß von 100 M. weiter gezahlt werden. Der Antrag Elberfeld: „Der Vorstand hat die Wege zur Verschmelzung zu einem gemeinsamen Bauarbeiterverband einzuleiten, wobei jede jetzt bestehende Organisation als Sektion weiter zu bestehen hat, wenn selbige 25 000 Mitglieder zählt", wird dem Vorstand zur Berücksichtigung überwiesen.

In geheimer Abstimmung wird der alte Vorstand wieder gewählt.

Von der Mitgliedschaft Berlin gelangt ein Brief zur Verlesung, worin die Behauptung, daß die Berliner Streikarbeit beim Streik im Muschelkalkgebiet angefertigt haben, energisch zurückgewiesen wird. — Damit sind die Verhandlungen des dritten Verbandstages erledigt.

Lohnbewegungen und Streiks. Die Organisationen der Holz- und Hafenarbeiter in Mannheim haben beschlossen, die Arbeit nicht eher wieder aufzunehmen, bis der neue Tarif die Genehmigung der Arbeitgeber gefunden hat. Seit Montag ruht der Betrieb der Säge- und Hobelholzindustrie sowie der Holzhandlungen Mannheims. — Die Tarifverhandlungen im Stukkateurgewerbe für Rheinland-Westfalen sind in der Hauptsache ergebnislos verlaufen. Die Arbeitgeber wollen eine Lohnerhöhung innerhalb zweier Jahre nicht zugestehen und lehnen auch eine Verkürzung der Arbeitszeit unter zehn Stunden ab. — In der Tonwarenfabrik Holzmann u. Ko. in Hainstadt sind 200 Arbeiter in den Ausstand getreten, weil ihnen eine fünfprozentige Lohnerhöhung verweigert worden war. — Der Lohntarif und Arbeitsvertrag der Dachdecker- und Bauklempnergehilfen, der am 30. d. M. abläuft, ist in einer öffentlichen Versammlung der Freien Vereinigung der Arbeitgeber des Dachdecker- und Bauklempnergewerbes für Köln und Vororte beraten worden. Eine Versammlung erklärte sich bereit, einen Lohntarif und Arbeitsvertrag auf drei Jahre abzuschließen und dabei die Löhne für die ersten beiden Jahre in ihrer jetzigen Höhe bestehen und für das dritte Jahr eine allgemeine Erhöhung des Stundenlohnes um zwei Pfennig eintreten zu lassen. Auf dieser Grundlage wird der Vorstand mit der Lohnkommission weiter verhandeln. — Bei der syndikatfreien Kohlenvereinigung in Mannheim sind sämtliche Arbeiter wegen Streitigkeiten in den Ausstand getreten. — In dem Werke Gustavsburg haben die Nieter der Untergestelle für Wagenbau die Arbeit niedergelegt, weil die Werkleitung die prinzipiatische Nietung ohne höhere Lohnsätze einführte. Die Arbeiter im Hoch- und Brückenbau unterstützen die Forderungen der Nieter. — Der Streik der Kölner Schuhmacher ist beendet. Die erzielten Lohnerhöhungen betragen auf Herrenböden in allen Klassen 50 Pf., auf Damenböden 70 Pf. bis 1 Mark, auf Schaftstiefel 1—1,50 Mark. Auch auf andere Arbeiten sind Erhöhungen vereinbart, so daß die wöchentliche Lohnerhöhung 3 Mk. betragen wird. Ueber die Geschäfte, die den Tarif nicht anerkennen, wurde die Sperre verhängt. — Die Aussperrung im Pariser Baugewerbe ist beendet. Die Arbeit wird heute wieder aufgenommen.

Aus dem Reiche.

Berlin. Zum Knabenmord wird gemeldet, daß nach den Feststellungen des Gerichtsarztes der Mörder Heiber den Knaben in seiner Wohnung ermordet hat. In der Asche, die sorgfältig aus der Feuerstelle des Kachelofens getragt wurde, fanden sich, nachdem sie gesiebt war, Knochensplitter, die ohne weiteres als von Menschen herrührend erkannt werden konnten. Ferner, und das ist gravierend, entdeckte der untersuchende Gerichtsarzt Stiefelknöpfe, die zu den Stiefeln des Knaben Blecher gehörten, über deren Existenz einwandfreie Zeugnisse vorliegen. Es war bereits festgestellt, daß der ermordete Knabe an dem fraglichen Tage zerrissene schwarze Knöpfstiefel trug. Auch deutlich erkennbare Reste der grauen Hose, über die gleichfalls verläßliche Zeugenaussagen vorliegen, wurden der Brandstätte des Kachelofens entnommen. Verbrannte Fleischreste konnten ebenso mit unweigerlicher Sicherheit ermittelt werden. — Der Mörder hat schon früher sadistische Anwandlungen gezeigt. Er ist deshalb aus einer seiner Stellungen entlassen worden.

Hildesheim. Gasvergiftung. Im Hause des Bankiers Hess wurden zwei Dienstmädchen durch ausströmendes Gas getötet und getötet. Zwei andere Mädchen, eine Tochter des Bankiers und deren Freundin, konnten noch gerettet werden.

Versammlungsberichte.

Die Generalversammlung der Transportarbeiter von Halle fand am 11. April in den Drei Königen statt. Der Geschäftsführer hielt zu Punkt 1 der Tagesordnung einen instruktiven Vortrag über Rechte und Pflichten der Mitglieder. An der Hand des Statuts erläuterte derselbe die einzelnen Paragraphen, welche leider ein großer Teil der Mitglieder weder kennt noch demgemäß handelt. Infolge allzu großer Fülle dieses Materials mußte der Vortrag abgebrochen werden, zugleich wurde aber beschlossen, denselben in der nächsten Generalversammlung zu Ende führen zu lassen. Den Geschäfts- und Kassenbericht vom 1. Quartal gab ebenfalls der Geschäftsführer. Danach haben im Quartal drei Lohnbewegungen stattgefunden, an welchen 38 Mitglieder beteiligt waren. Der Erfolg war durchgängig für jeden Beteiligten eine Mark Lohnzulage pro Woche. Abgehalten wurden ferner sieben öffentliche, drei Mitgliederversammlungen, sowie eine ganze Reihe Sitzungen und Besprechungen verschiedener Art.

Der Mitgliederzugang betrug rund 100, der Abgang 98, so daß am 31. März 952 Mitglieder vorhanden waren. Der Kassenbericht war folgender: Einnahme inkl. Bestand vom 1. Januar 5267,95 Mk. Ausgabe: 4385,35 Mk., Bestand am 1. April 862,60 Mk. Die Revisoren bestätigen, daß Bücher, Kasse und Belege in Ordnung befunden worden sind. Zu Punkt 3 wird mitgeteilt, daß die Maifeier der Transportarbeiter wie in den früheren Jahren, so auch diesmal wieder durch Versammlung mit nachfolgendem gemütlichen Beisammensein gefeiert werden soll, dessenungeachtet ist es deshalb aber trotzdem Pflicht jedes Kollegen und jeder Kollegin, daß sie, wenn es ihnen möglich ist, auch die Tagesfeier durch Arbeitsruhe und Beteiligung an den anderwärts getroffenen Veranstaltungen wahrnehmen. Weiter wurde bekannt gegeben, daß das Pfingstvergnügen der Zahlstelle Halle am 1. Pfingstfeiertag in beiden Sälen des Volksparkes abgehalten werden soll. — Auf Antrag wurde weiterhin beschlossen, das Mitglied Droschkenkutscher Rochus Lipinski wegen Denunziation dem Hauptvorstand zum Ausschluß aus dem Verband zu empfehlen. Hierauf schloß der Vorsitzende mit einer regen Mahnung zur Mitarbeit die leider schwach besuchte Versammlung. (17. 4.) G.

Lagerhalter. In der am 7. April in Löbejün abgehaltenen Versammlung hielt Koll. Reinsdorf-Leipzig einen Vortrag über die Stellung des Lagerhalters in der Konsumgenossenschaft, welcher sehr lehrreich war und beifällig aufgenommen wurde. Hierauf erstattete Koll. Höfer den Kassenbericht des 1. Quartals. Die Hauptkasse zeigte eine Einnahme von 206,25 Mk. und eine Ausgabe von 206,25 Mk. In der Lokalkasse wurden 251,93 Mark vereinnahmt und 38,21 Mk. ausgegeben. Bestand ist 168,41 Mk. Das letzte Vergnügen ergab einen Ueberschuß von 26,35 Mk. Einem arbeitslosen Kollegen wurden 30 Mk. aus der Lokalkasse bewilligt. Nächste Versammlung am 6. Mai. (19. 4.) Fr. R.

Sozialdem. Verein Rasberg. Am 11. April fand im Vereinslokale eine Versammlung statt, in welcher Genosse Windau-Zeitz über den grundlegenden Teil des Parteiprogramms referierte. Der Vortrag wurde mit Beifall aufgenommen. Dann wurde dem Kassierer nach gegebenen Kassenbericht Entlastung erteilt. Weiter wurde beschlossen, zwei Genossen zu wählen, die bei der Landtagswahl die Urwählerlisten nachsehen, es sind die Genossen Otto Richter und Gustav Höfer. Mögen alle diejenigen, welche nicht viel Zeit haben, sich bei den beiden Genossen in die Liste einschreiben. Mit einem kräftigen Appell an die Anwesenden, durch den Vertrieb von Preßbons dafür zu sorgen, daß wir bald eine eigene Presse bekommen, schloß der Vorsitzende die gutbesuchte Versammlung. (18. 4.) B.

Volksversammlung Bornitz. Am 12. April fand im Bachmannschen Lokale die erste öffentliche Versammlung statt. Gen. Helbig-Leipzig referierte vor etwa 180 Personen über die Geschichte der Sozialdemokratie. Sein Vortrag wurde beifällig aufgenommen. Gen. Beyer ermunterte dann noch zum Lesen des Volksblattes und ersuchte die Anwesenden, das erkämpfte Lokal nun auch zu halten. (18. 4.) K.

Briefkasten der Redaktion.

P. R., hier. Derartige gewerkschaftliche Mitteilungen bringen wir nur, wenn sie uns von der Organisation zugehen und von der Verbandsleitung unterzeichnet sind. Teilen Sie daher den Fall Ihrem in Betracht kommenden Verbande mit.

Telephonischer Spezialdienst des Volksblattes.

Leipzig, 21. April. Der hier abgehaltene Bundestag der Telegraphen- und Telephonarbeiter beschloß eine Petition an die Postbehörde, in der eine Einheitlichkeit in der Arbeitszeit und Entlohnung verlangt wird.

Budapest, 21. April. Trotz polizeilichen Verbotes hat hier der Kongreß der jugendlichen Arbeiter Ungarns stattgefunden. Die Kongreßteilnehmer vereinigten auf einem Donauarme mehrere Boote zu einem Floß und hielten darauf ihre Verhandlungen ab. Als die Polizei dahinter kam, war der Kongreß schon beendet.

— Der hier zu Ostern zusammengetretene Parteitag der Sozialdemokratie Ungarns, der von 176 Deligierten beschickt ist, beschloß als Hauptpunkt seiner Verhandlungen, den Kampf um das allgemeine Wahlrecht festzusetzen.

Melbourne (Australien). Auf dem Bahnhofe in Brayhrook stießen zwei mit Ausflüglern besetzte Eisenbahnzüge zusammen. 27 Personen wurden dabei getötet, 40 verwundet.

Letzte Nachrichten.

Halle a. S., 21. April. Ein Lustmord? Gestern abend gegen sechs Uhr fanden Kinder auf dem Galgenberg die Leiche eines etwa sechsjährigen Knaben. Der Kopf hing nur noch im Genick mit dem Rumpfe zusammen, der Leib war aufgeschlitzt. Der Junge ist den Anwohnern unbekannt, er scheint erst dorthin verschleppt worden zu sein. Die Polizei hat bereits umfangreiche Ermittelungen angestellt.

Berlin, 21 April. Der 15jährige Kochlehrling Willi Rütting feuerte in der Nacht zum Osterfonntag auf seinen Chef, den Koch Theodor Bülow, aus Zorn über eine erhaltene Zurechtweisung zwei Revolverschüsse ab und verletzte ihn schwer. Beide waren im Restaurant zum „Alten Askanier" in der Anhalterstraße beschäftigt, wo auch das Attentat erfolgte. Rütting wurde verhaftet.

— Wegen Nahrungssorgen vergifteten sich in der Prinzenstraße 76 die 70jährige Witwe Ida Stähr und ihre 25 Jahre alte Adoptivtochter am ersten Osterfeiertag mit Zyankali.

Breslau, 21. April. Hier sind mehrere Erkrankungen an echten Pocken vorgekommen. Der Polizeipräsident hat den Magistrat ersucht, kostenlose öffentliche Impfstellen einzurichten.

München, 21. April. In dem Sensationsprozeß gegen den Schutzmann Schauer hat der Staatsanwalt die angeklagte Revision nicht eingelegt, die Polizeidirektion wird Schauer wieder in Dienst nehmen.

Mitteilung der Volksbuchhandlung.

Infolge eines Maschinendefektes kann die Nummer 9 des Süddeutschen Postillons erst Dienstag, den 21. April, von München aus zur Expedition gelangen, wodurch selbstverständlich auch die Zustellung an unsere Expedienten und Abonnenten verzögert wird.

Verantwortlicher Redakteur: Ernst Däumig in Halle.

Die heutige Nummer umfaßt 8 Seiten.

Parteigenossen!

Agitiert für das Volksblatt.

Herren-Garderoben
fertigt
elegant und billigst
unter Garantie
tadellosen Sitzes.
Neueste Muster von besten Qualitäten stehen auf Wunsch zur gefälligen Ansicht stets zur Verfügung.
C. Wagner,
Unterberg 8, am Reideplatz.

Parteischriften empfiehlt die Volksbuchhandl.

Grammophone
Platten u. Nadeln
in größter Auswahl
billigst bei
Paul Hagemann,
Gommergasse 2,
in unmittelbarer Nähe der Katholischen u. Glauchaischen Kirche.
Telefon 1895.

Barbier-Geschäft kauft außerhalb Halle. Miete auch pass. Laden. Off. a. Rich. Weidelind, Forsterst. 47 p. r.

Kanarien-Hähne u. Weibchen
kauft Mittwoch d. 22. d. zum höchsten Preise im Zentral-Hotel, Tischler.

Tüchtige Rock- u. Hosenschneider
gesucht.
H. C. Weddy-Pönicke.

Suche per sofort oder später ein Dienstmädchen bei hoh. Lohn u. gut. Behandlung. Carl Schulze, Leipzig, Brüderstr. 8, Zigarr.-Gesch.

Zeitz. Zeitz.
Handarbeit und billigst.
Schulranzen und -Taschen zu Ostern in grosser Auswahl,
Sofas u. Matratzen in bekannter Güte.
Carl Zipfel, Brüderstr. 13.

Fahrräder, Laufdecken, Luftschläuche u. sonstige Fahrradartikel kaufen Sie am billigsten bei
Otto Sparmann,
Gr. Steinstr. 47 neb. Walhalla-Theater.

Erstklassige Rockschneider
sucht
Gustav Gottschlich.

Ansichts-Postkarten empfiehlt die Volksbuchhandl.

Pneumatic-
Decken 3.50, 4, 5, 6 Mk.,
Schläuche 2.50, 3, 4, 4.80 Mk.
Alles Zubehör billig bei
Rud. Lange, Ammendorf

Bestgetratete Pferdeknechte
Lohn pro Woche 14 Mark, ein Morgen Kartoffelacker, 20 Ruten Klee; ferner
ledige Pferdeknechte
bei hoh. Lohn, werden sofort ges.
Joh. Mani, Vermittl.-Bureau Kothen i. A.
Leipzigerstr. 21. — Telefon 555.

Kinderwagen, neueste Form v. 17.50 M. an kauft man bei M. Bär, Gr. Ulrichstr. 54.

Volkspark.
Kräftiger Mittagstisch.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262190804 22-16/fragment/page=0007

Zur Anfertigung
eleganter Herren-Garderobe bei guter Verarbeitung und tadellosem Sitz, auch b. Selbstlieferung d. Stoffes, empfiehlt sich
O. Friedrich,
Pfälzerstraße 4, III.

Stadt-Theater Halle
Direktion: Hofrat **M. Richards.**

Mittwoch den 22. April:
210. Ab.-Vorstellung. 2. Viertel.
Umtauschkarten ungültig.
Benefiz Susanne Kornow.
Monna Vanna.
Schauspiel in 3 Akten
von Maurice Maeterlink.
Anf. 7½ Uhr. Ende geg. 10 Uhr.

Donnerstag den 23. April:
211. Ab.-Vorstellung. 3. Viertel.
Umtauschkarten ungültig.
Abschieds-Gastspiel
Walter Soomer.
Novität! Novität!
Zum 5. Male:
Tiefland.
Musikdrama in einem Vorspiel und 2 Aufzügen von Eugen d'Albert.

AMERICAN
DIRECTION HENRY DE VRY.
Walhalla-Theater
Anhaltender riesiger Erfolg des brillanten Programms.
Sturm! Ein Wunder männl. Kraft und Schönheit in seinen aufsehenerregenden
Ringkämpfen
Dienstag ringt u. a. um die
Minuten - Prämie
der Weinküfer **Albert Rosenthal, Halle a. S.,** Schwetschkestrasse 9.
Mittwoch den 21.
ringt u. a. Herr **Max Hempe,** Vorarbeiter beim Halleschen Speditionsverein, ehemaliger Präsident des 1. Halleschen Ringsportvereins.
Reeck
mit seinen neuest. Schlagern.
Henry de Vry's weltberühmte lebende Bilder. Elfenzauber. Wundervolle Visionen. Walzerfieber. Irwing's. The 2 Bostons. Trudchen Schadow. Vitograph und
VENUS BIANCA! DIE weisse VENUS.
in ihren klassischen nackten Schönheits-Akten.

Apollo-Theater
Direktion: **Gustav Poller.**
Gastspiel des Hamburger Metropol-Theaters.
Nur noch **2 Tage!**
Nachts nach Zwölfe.
Exzentr. Burleskem. Gesang und Tanz in 3 Akten von Ernau-Ewald.
Tränen werden gelacht
über d. unverwüstl. Komiker **Gau** und **Lux!**

Schon seit 1887
werden alle **Reparaturen** an Uhren und Musikwerken, Kunst- u. Schmuckgegenständen, Brillen, Klemmern u. s. w. sauber u. billig ausgeführt bei
Rich. Ketscher, Uhrmacher,
Halle a. S., Sternstrasse 11.

Waschgefäße
dauerh., b. **Zander,** Gr. Klausstr. 12.
Mitgl. des Rabatt-Spar-Vereins.

Seltene Gelegenheit.
Neues Herren- u. Damenrad m. Freil. bill. **Wilhelmstr. 49 I. l.**

Eine ganze Armee
Kinder ist groß gezogen mit
Karl Koch's „Nähr-Zwieback",
denn derselbe ist **sehr wohlschmeckend, besitzt höchsten Nährwert, beförd. d. Körperzunahme, stärkt den Knochenbau, verhindert die Kinderkrankheiten** als: Rachitis, Skrophulose rc., da er die Bestandteile einer guten Kuhmilch mit den der Muttermilch eigenen Nährsalzen und Phosphaten vereint.
Zu haben in Tüten u. Paketen à 10, 20, 30 u. 60 Pfg. in den Apotheken, Drogerien, Kolonialwaren-Handlungen und in den durch Plakate kenntlichen Verkaufsstellen.

Extra starke
Leiterwagen
zu
mässigen Preisen.
Theodor Lühr, Leipzigerstrasse 94.
Mitglied des Rabatt-Spar-Vereins.

Nur so lange Vorrat reicht!
Schweine-Kleinfleisch
von **besten holsteinischen Landschweinen,** frisch gesalzen, gesunde Ware, versendet von 30 Pfund an per Pfund 25 Pfg. Postkolli enthaltend 9 Pfund Mk. 2.70. Alles ab hier unter Nachnahme. Nichtgefallendes retour. **A. Carstens, Altona, Adlerstr. 71.**

Basolin
putzt
verblüffend
alle Metalle

General-Vertrieb:
Friedr. Karl Weise, Fernsprecher 2849.
Engros-Vertrieb;
Freund & Müller, Fernsprecher 1057.
Kunze & Gessner, Fernsprecher 1682.

Hohenmölsen.
Reparatur-Werkstatt.

Blendend weisse Wäsche
erzielt man mit
DR THOMPSON'S SCHUTZ-MARKE SEIFENPULVER
Dr. Thompson's
SEIFENPULVER
½ ℔ Paket **15** Pfg

Geraer Kleiderstoffe!
Neu eingetroffen!
Kostümstoffe wunderbare Ausmusterung, prima prima Qualitäten
Farbige Kleiderstoffe modernste Farben in Cheviot, Foulé, Crêpe, Kammgarn, Wollbatist, Satintuch
Schwarze Kleiderstoffe außer anderen herrliche Sachen in Voile und Etamin.
Blau Cheviot zu Herren- u. Knaben-Anzügen in Resten!
Preise wie bekannt konkurrenzlos billig.
Kaufhaus für Gelegenheitskäufe Olariusstrasse 5, eine Treppe.
Kein Laden. Am Hallmarkt, neben Kirchtreppe.

Möbel staunend billig!
Prachtvolle Plüschsofa u. 2 Sessel 130 M., gr. Spiegel m. Konsole 22 M., Sofatisch, Spiegelvertikow 45 M., Muschelschrank 30 Mark, Schreibtisch, Bücheretagere, 4 Rohrstühle, Teppich spottbillig verkauft
S. Rosenberg, Geiststr. 21, I.

Suche eine
Verkäuferin
für Herrenwäsche.
H. Elkan, Leipzigerstrasse 87.

Makulatur verkauft die Genossenschaftsdruckerei.

Arb.-Radf.-Verein „Frisch auf", Zipsendorf.
Sonntag den 26. April im Seifertschen Gasthofe
Frühjahrs-Vergnügen
bestehend in
Ball und Reigenfahren
wozu freundlichst einladet **Der Vorstand.**
Anfang 5 Uhr.

Soeben erschienen:
Mai-Zeitung 1908.
Preis 10 Pfg.
Zu beziehen durch alle Austräger und die
Volks-Buchhandlung,
Harz 42/43.

Gekrönte Häupter.
Zur Naturgeschichte des Absolutismus.

1. **Katharina II. von Rußland.** Konfisziert gewesen.
2. **August der Starke, Kurfürst von Sachsen.** Konfisziert gewesen.
3. **Papst Alexander VI.**
4. **Karl Leopold von Mecklenburg.**
5. **Ludwig XIV. von Frankreich.**
6. **Philipp II. von Spanien.**
7. **Friedrich Wilhelm II. von Preußen.**
8. **Heinrich VIII. von England.**
9. **Elisabeth von Rußland.**
10. **Louis Philipp von Frankreich.**
11. **Papst Julius II.**
12. **Friedrich II. von Preußen.**
13. **Caligula.**
14. **Ludwig XV. von Frankreich.**
15. **Friedrich Wilhelm IV.**
16. **Iwan der Schreckliche von Rußland.**
17. **Jerome, König von Westfalen.**
18. **Isabella II. von Spanien.**
19. **Wilhelm II. von Hessen.**
20. **Nero.**
21. **Karl I. von England.**
22. **Karl Eugen von Württemberg.**
22. **Rudolf II., Kaiser von Deutschland.**
24. **Christian von Schweden.**
25. **Maria Theresia von Oesterreich.**
26. **Leopold II. von Belgien.**

Jedes Heft 20 Pf.
Auch gebunden in 5 Bänden à Band 1.50 M.
Die Volksbuchhandlung, Harz 42/43.

Detail-Verkauf von
Fabrik-Resten
in Kleiderstoffen, Baumwoll- und Leinen-Waren
= enorm billig. =
C. Wilh. Schrader,
Leipzigerstr. 17
eine Treppe kein Laden.

H. Böhlerts Rossschlächterei
Glauchaerstraße 75
dicht an der Glauchaischen Kirche
empfiehlt diese Woche in bekannter Güte:
frische Fleisch- und Wurstwaren.

Zuschneiderin.
Suche ein Zuschneiderin für **Hemden** (für den Nachmittag).
H. Elkan, Leipzigerstrasse 87.

Wer Stellung sucht verlange die **„Deutsche Vakanzenpost" Esslingen 156.**

Standesamtliche Nachrichten.

Halle-Süd, Steinweg 2, 18. April.

Aufgeboten: Bäckermeister Selle und Agnes Refert (Landgrafroda und Schochwitz). Der Schweizer Brendel und Ottilie Sauerbier (Bilzingsleben).

Eheschließungen: Geschäftsführer und Photograph Sieber und Frida Engelhardt (Prinzenstraße 15). Zigarrensortierer Schubert und Elisa Puppe (Schwetschkestraße 10 und Jakobstraße 27). Schlosser Schnurrbuß u. Klara Gorbauch (Albert Schmidtstraße 9 und Delitzscherstraße 78). Hilfsschaffner Weniger u. Anna Teuscher (Krukenbergstraße 23 und Gommergasse 10). Schlossermeister Schütz u. Klara Wolia (Anhalterstraße 10 und Streiberstraße 27). Schriftsetzer Buet u. Anna Faust (Liebenauerstraße 20). Schlosser Wonneberger und Marie Ehrling (Markt 9 und Ritterstraße 2). Gürtler Crain u. Hulda Hevach (Ludwigstraße 1 und Torstr. 50). Ingenieur Koch und Frida Drechsler (Erfurt u. Poststr. 21). Kesselschmied Huske u. Hedwig Max (Taubenstr. 4 u. Ludwigstr. 13). Kesselschmied Schröder und Emma Berger (Torstr. 48 und Ludwigstraße 25). Kaufmann Schnabel und Minna Pötsch (Steinweg 44 u. Halberstädterstraße 13) Mechaniker Tauch und Anna Bosse (Weingärten 34). Eisenbahngehilfe Barth und Emma Schönbrodt (Jena und Wörmlitzerstraße 104). Schlosser Klingner und Alwine Pötzsch (Trothaerstraße 9a und Tholuckstraße 4).

Geboren: Verstorb. Bankier Becker T. (Martinsberg 9). Arbeiter Kautzner S. (Parkstr. 6). Pensionsvorsteher Linde Tochter (Klinik). Gastwirt Möbius S. (Krondorferstr. 6a). Postschaffner Sagorsky T. (Freiimfelderstr. 15). Bankier Friedmann S. (Merseburgerstr. 12). Schlosser Schlegel T. (Dieskauerstraße 11). Knappschaftskassierer Menzel T. (Königstraße 47). Dreher Biermann T. (Merseburgerstraße 47). Arbeit. Erdmann S. (Thüringerstr. 29). Arbeiter Hergeselle T. (Schützenstraße 20). Fleischer Kunze T. (Mühlberg 6). Arb. Meyberg S. (Zenkerstr. 4). Arb. Henning T. (Klinik).

Gestorben: Geschäftsreisenden Schneckenburger S., 2 J. (Ludwigstraße 44). Witwe Amberger geb. Gottschalk, 73 J. (Alter Markt 32). Kaufmanns Feuerstack T., totgeb. (Reideburgerstraße 2e). Kaufmanns Teuscher S., 18 J. (Schmeerstraße 11). Heizer Dönau, 72 J. (Jakobstr. 24). Arb. Göhre S., 6 Mon. (Röpzigerstr. 100). Lackierers Send S., 1 Mon. (Liebenauerstraße 158).

20. April.

Aufgeboten: Sergeant Ernst und Hedwig Haaßengier (Reilstraße 128 u. Bergstr. 5). Installateur Rentsch u. Ida Tennert (Böllbergerweg 125). Arbeiter Noack u. Anna Sander (Saalberg 24 u. Bergstr. 4).

Gestorben: Wilhelmine Weyher 18 J. (Buggenhagenstraße 30). Fabrikdirektors Rotter T., 6 Mon. (Reideburgerstr. 8). Kernmachers Niendorf T., 4 Mon. (Albrechtstraße 11). Arbeiter Erge, 15 J. (Merseburgerstr. 24). Wwe. Helms geb. Busse, 74 J. (Lindenstr. 11).

Halle-Nord, Burgstr. 38, 18. April.

Aufgeboten: Zahlmeister-Aspirant Kunze u. Minna Hoßmann (Halberstadt und Wittekindstraße 8). Friseur Pahn u. Lina Bachran (Sophienstraße 21 und Gr. Brunnenstraße 49).

Eheschließungen: Arbeiter Engert und Emma Ebert (Trothaerstraße 78 und Saalwerderstraße 17). Kassenbote Schüler u. Else Hennicke (Reideburg und Burgstraße 12). Eisendreher Eckstein u. Emilie Schulze (Schleifweg 4 und Neukirchen). Former Weihmann und Anna Krumme (Wörmlitz u. Trothaerstraße 5). Schaffner Menz und Helene Rost (Schillerstraße 27). Schlosser Berger und Martha Zimmermann (Meckelstraße 17 und Hermannstraße 14). Kaufmann Blenz und Johanne Lützkendorf (Hannover u. Fichtestraße 5). Bautechniker Theinhardt und Else Riemann (Rich. Wagnerstraße 42 u. Gr. Brunnenstraße 46). Schlosser Priebe u. Klara Koppe (Große Brunnenstraße 22 und Triftstraße 6). Gärtner Müller u. Ida Zeising (Platanenstraße 2 und Eichendorffstraße 1). Schlosser Baumgarten u. Frida Nowak (Eichendorffstr. 8 u. Kühler Brunnen 1). Arbeiter Hendreich und Emma Müller (Lerchenfeldstraße 7 und Schillerstr. 29). Arbeiter Müller und Elsa Schoch (Mötzlicherstr. 7 und Burgstr. 26). Versicherungsbeamter Wilde u. Luise Klostermann (Frankfurt a. M. u. Lessingstraße 11). Maschinentechniker Pretzsch u. Martha Große (Magdeburg-Buckau u. Goethestr. 7).

Geboren: Lehrer Heber T. (Kröllwitzerstraße 2d). Fabrikarbeiter Estger S. (Dölauerstraße 1). Reitknecht Lutz S. (Seebenerstraße 1a). Abrechnungsbeamten Schulz T. (Lessingstraße 4). Fabrikarbeiter Radünzel S. (Kleine Wallstr. 2). Fleischermeister Wiedemann T. (Burgstraße 59). Hausdiener Fiedler S. (Lessingstraße 21). Drahtzieher Worm T. (Feldstr. 6). Kaufmann Kreuter S. (Reilstraße 1). Handelsmann Höpel T. (Körnerstraße 6). Dreher Schöbbel S. (Rainstraße 1).

Gestorben: Rentier Holtz, 65 J. (Tiergartenstraße 4). Inv. Arbeiters Riffert Ehefrau Amalie geb. Fehse, 68 J. (Weißenburgstraße 3). Landwirt Friedrich aus Mockrehna, 65 J. (Nervenklinik). Witwe Marie Landahl geb. Schultz, 76 J. (Angerweg 5b). Inv. Arbeiter Ostermann, 66 J. (Henriettenstraße 15). Invaliden-Rentenempfänger Erfurth, 53 J. (Advokatenweg 26).

20. April.

Gestorben: Geh. Justizrats Hannemann aus Görlitz Ehefr. geb. Feldmann, 57 J. (Diakonissenhaus). Arbeiter Schlatter aus Klein-Ottersleben, 57 J. (Nervenklinik). Arbeiters Hüpfel T., 4 Mon. (Kl. Wallstraße 2). Lackierer Beser, 42 J. (Schillerstraße 43).

Standesamt Zeitz.

Vom 6. bis 12. April.

Geboren: Klempnermeister Weitze T. Korbmacher Körner T. Konditor Berger S. u. T. Dekorateur Hartig T. Lehrer Herfurth T. Korbmacher Erbe T. Lehrer Ledderboge T. Kaufm. Schröder S. Steinhauer Schöntube T. Stellmacher Schreck S. Knecht Pacholek T. Schankwirt Iffland S. Schachtarb. Georgi T. Klempner Hecht T. Korbmacher Müller T. Lehrer Denkewitz S. Bergmann Katajczak T. Arb. Schleßiger S. Arb. Bergner T.

Eheschließungen: Tischler Hauer und Helene Taubert. Arb. Forner und Klara Kalb. Tischler Glanz und Elisabeth Wädermann. Drechsler Gerisch und Klara Hemmann. Dachdecker Knopf u. Lina Blumtritt. Maurer Lindner und Marie Krause. Arbeiter Breitung und Ida Keppler. Lackierer Kleinschmidt und Klara Leonhardt. Posamentier Kaiser und Anna Winter. Büchsenmacher Kotte und Elsa Graul. Maurer Coye und Luise Trinkauf. Schaffner Schiebolt u. Christina Jantzen. Zahlmeisteraspirant Schirmer u. Wilhelmine Köcher. Kupferschmied Patzschke und Selma Benndorf. Schlosser Vincenz u. Martha Prüfer. Schlosser Pakulat und Helene Wende. Bergmann Fritzsche u. Berta Grötzsch. Kaufmann Recknagel u. Hedwig Sachsenröder.

Gestorben: Franz Homann, 69 J. Anna Ulrich, 2 J. Gertrud Reinhardt, 5 Mon. Alwin Sachsenweger, 3 Mon. Walther Böhme, 1 J. Eduard Nestler, 63 J. Alwine Lindner geborene Schilde, 53 J. Frieda Werner, 1 Mon. Pauline Eilert geborene Ozlob, 62 J. Emilie Keller, 5 Mon. Witwe Kindermann geb. Enke, 66 J. Friedr. Schultze, 65 J. Friedrich Zechendorf, 7 Mon. Ernst Mücke, 2 Mon.

Verlag und für die Inserate verantwortlich: August Groh. — Druck der Halleschen Genossenschafts-Buchdruckerei (E. G. m. b. H.) Halle a. S.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219080422-16/fragment/page=0008